

# **Braune Jungs un Nazi-Deerns** *Hamburg ganz rechts*





**Wer feste Dämme gegen den faschistischen Ungeist errichten will, wer erfolgreich den Anfängen wehren will, muss beharrlich und kontinuierlich Überzeugungsarbeit leisten.**  
*Kurt Goldstein*

Kurt Goldstein, Ehrenpräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, starb am 24. September 2007 in Berlin.

Überlebende und WiderstandskämpferInnen leisteten Aufklärung über die beispiellosen Verbrechen der Nazis und Überzeugungsarbeit für eine demokratische und antifaschistische Gesellschaft. Überlebende von Auschwitz sind nur zufällig zu Zeugen der industriellen Mordmaschinerie der Nazis geworden. Wir haben nur zufällig überlebt.

Ich überlebte, weil ich im Mädchenorchester von Auschwitz Akkordeon spielte und mir auf dem Todesmarsch schließlich die Flucht gelang. Der Plan der Nazis war es alle Menschen zu vernichten, die nicht in ihr Weltbild passten. Juden, Roma und Sinti, Homosexuelle und politische Gegner. Noch nie zuvor in der Geschichte ist versucht worden, mit modernen Mitteln ein ganzes Volk auszurotten.

Wir haben versucht, die Erinnerung an Auschwitz zu verdrängen, ein neues Leben anzufangen. Wir gingen nach Israel, um uns ein neues Leben aufzubauen.

Wieder in Deutschland, eröffneten wir eine Diskothek, die jedoch von Nazigruppen angegriffen wurde, weil wir Juden waren. Vor meinem Geschäft stellte die NPD 1978 einen Infotisch auf, doch die Polizei ging nicht gegen die Nazis vor, sondern gegen die protestierenden Antifaschistinnen und Antifaschisten. Damals beschloss ich, dass ich mich engagieren muss.

„Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen“ hatte Primo Levi gesagt. Wir Überlebenden werden nicht mehr lange Zeugen sein können.

Die Schrecken der Konzentrations- und Vernichtungslager können bald nur noch aus Büchern und Filmen vermittelt werden.

Deshalb muss sich jeder Einzelnen gegen die Leugnung und Verharmlosung der Nazi-verbrechen stellen. Dabei ist es gleich, ob diese von kahlköpfigen Nazis oder von Nationalisten in Schlips und Kragen geäußert werden.

Ich hoffe, diese Broschüre wird einen Teil dazu beitragen, Dämme gegen rechts zu errichten und Engagement zu mobilisieren.

*Esther Bejarano*

## Inhalt

- 2** Editorial
- 4** Die DVU – Ein Multimillionär und seine Phantompartei
- 10** Die DVU – großdeutsch, rassistisch, antisemitisch
- 14** Die NPD auf dem Weg in den „Reichstag“?
- 16** Der zweite Frühling der Hamburger NPD
- 20** NPD: sozial und antikapitalistisch? – Denkste!
- 22** Die „Freien Kameradschaften“ – Neonazis in der Tradition der SA
- 28** Rechtes WählerInnenpotenzial in Hamburg
- 32** Gewerkschaften und Faschismus: Interessengegensatz versus Volksgemeinschaft
- 35** Reaktion, Konfrontation, Aktion – antifaschistische Strategien gegen rechts
- 40** Ausgewählte Literatur



**Am 7. Mai 2006**, es war ein schöner Frühlingssonntag, bewegten sich kleine Gruppen von Menschen unauffällig vom U-Bahnhof Stellingen zu dem schönen Backsteinbau des Alten Stellingener Rathauses. Dort fand in der Gaststätte *Ratskeller* eine konspirativ geplante Veranstaltung mit 40–50 Neonazis zum 8. Mai, dem „Tag der Befreiung vom Faschismus“, statt. In Nazikreisen ist dies natürlich der Tag des „Unterganges“ beziehungsweise der „Niederlage“. Veranstalter war das *Aktionsbüro Norddeutschland*, ein Projekt der sogenannten *Freien Kameradschaften* (FK). Gekommen waren aber nicht nur deren Kader, sondern auch die Hamburger NPD-Prominenz und der Inhaber des Naziklamottenladens *Odin & Freya*. Die neofaschistische Schülerburschenschaft *Chattia Friedberg zu Hamburg* hatte ebenfalls zu dem Treffen mobilisiert. Für das „richtige Geschichtsbild“ zum 61. Jahrestag des Kriegsendes sorgte ein Vortrag von Klaus-Christoph Marloh, einem ehemaligen U-Boot-Offizier der NS-Marine, der seit 1945 in der neofaschistischen Szene tätig ist. Die Bewunderung für den „unbeugsamen“ Veteranen war groß.

Die Veranstaltung verdeutlichte schlagartig die Vermehrung und Kooperation der neofaschistischen Szenen in Hamburg. NPD und militante Kameradschafter, Burschenschafter und die Nazisubkultur sind auch in Hamburg enger zusammengerückt.

Der Veranstaltungsort war früher Treffpunkt der im Nationalsozialismus verfolgten *Swingjugend*, heute kommt dort gelegentlich die örtliche SPD zusammen; er liegt unter dem Ortsamt Stellingen, direkt neben einer Polizeiwache. Schon vor diesem Treffen hatte hier die Hamburger NPD Versammlungen abgehalten, unter anderem im November 2005 ihren Landesparteitag. Auch dieses Selbstbewusstsein der Szene ist neu, man trifft sich zwar noch konspirativ, weiß aber, dass man offizielle Stellen nicht zu fürchten braucht. Nicht der Verfassungsschutz, sondern AntifaschistInnen machten den braunen Spuk in Stellingen öffentlich. Und die Polizei beendete keineswegs die NS-Glorifizierung am 7. Mai – sie nahm lieber ein Dutzend friedlich protestierender DemonstrantInnen fest und sorgte für den kostenlosen Sondertransport der Nazis im HVV-Bus. Auch dieses Verhalten ist leider für die letzten Jahre symptomatisch.

Diese Broschüre soll anlässlich der Bürgerschaftswahl im Februar 2008, aber auch über diese hinaus über die gestiegene neofaschistische Gefahr in Hamburg aufklären. Eine durchaus reale Gefahr: Laut *Hamburger Abendblatt* haben sich Straftaten der extremen Rechten von 2003 bis zum Frühjahr 2007 nahezu verdreifacht, allein 2006 gab es 400. Damit ist Hamburg das West-Bundesland mit den meisten Straftaten pro Einwohner. Deshalb informiert diese Broschüre über die wichtigsten Parteien und Gruppierungen der extremen Rechten, ihre momentanen Kader und die neonazistische Subkultur inklusive der braunen Musikszene in Hamburg. Da zur Bürgerschaftswahl die DVU und nicht die NPD antritt, erfolgen Darstellung und Kritik der neofaschistischen Ideologie am Beispiel der Partei von Gerhard Frey. Auf kleinere Parteien, die unseres Erachtens ideologisch ebenfalls dem Bereich der extremen Rechten zuzurechnen sind, bei der Wahl jedoch vermutlich keinerlei Bedeutung erlangen werden, gehen wir in dieser Broschüre jedoch nicht ein.

Die NPD hat in den vergangenen Jahren einen Schwerpunkt auf soziale Demagogie von rechts gelegt und vertritt vermeintlich antikapitalistische Positionen. Eine grundlegende Kritik eines solchen „Sozialismus in Braun“ erfolgt in einem gesonderten Beitrag. Dass der Faschismus niemals die sozialen Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertreten hat, stattdessen historisch wie aktuell stets die Arbeiterbewegung und ihre Organe bekämpfte, zeigt ein weiterer Artikel. Leider sind Neofaschistinnen nicht eine kleine, zu vernachlässigende Minderheit, sondern können in bestimmten Situationen viele AnhängerInnen und WählerInnen mobilisieren. Extrem rechte Einstellungen sind in der Gesellschaft weit verbreitet, wie repräsentative Umfragen immer wieder zeigen. Auch auf neofaschistische Einstellungen und Potenziale werden wir in dieser Broschüre eingehen. Doch selbst die besten Informationen nutzen nichts, wenn man nicht weiß, wie man den Neonazis entgegentreten soll. In diesem Sinne argumentieren wir abschließend für den Aufbau einer von staatlichem Einfluss freien, breiten und entschlossen auftretenden antifaschistischen Bewegung.



## Wir haben uns nicht einschüchtern lassen

Die vorliegende Broschüre ist das Produkt einer erfolgreichen antifaschistischen Bündnisarbeit. Die Gruppe *Avanti – Projekt undogmatische Linke* und die *DGB-Jugend Hamburg* arbeiten beide seit Längerem mit anderen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen im *Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR)* zusammen. Ein Ergebnis dieser Kooperation war eine Veranstaltungsreihe zu „Strukturen der rechten Szene in Hamburg“, die in verschiedenen Hamburger Bezirken stattfand. Die Veranstaltung in Wandsbek im November 2006 geriet dabei bundesweit in die Schlagzeilen: Rund 20 Neonazis versuchten die Veranstaltung zu besuchen, obwohl ihnen die Teilnahme durch Aushänge und Pressemitteilungen explizit untersagt worden war. Ordner verhinderten zwar das gewaltsame Eindringen der Nazis, die hinzugerufene Polizei wollte deren Teilnahme jedoch durchsetzen. Um die verunsicherten BesucherInnen nicht zu gefährden, musste die Veranstaltung abgebrochen werden.

Der Hamburger DGB-Vorsitzende Erhard Pumm erklärte dazu: „Es darf nicht sein, dass Rechtsextreme ihre Teilnahme an politischen Veranstaltungen gegebenenfalls mithilfe der Polizei durchsetzen und sie damit de facto verhindern können.“

Wir haben uns nicht einschüchtern lassen, die Veranstaltung wurde wiederholt, die juristischen Verfahren, welche die Neonazis gegen die OrdnerInnen angestrengt hatten, wurden eingestellt, und wir haben viele Solidaritätsbekundungen erhalten. Eine juristische Entscheidung, ob das Verhalten der Polizei grundsätzlich falsch war, steht allerdings noch aus. Sollte der Einsatz für rechtens erklärt werden, so hätte dies fatale Auswirkungen für alle DemokratInnen, welche keine Neonazis auf ihren Veranstaltungen wollen. Da wir den Kampf gegen den organisierten Neofaschismus nicht nur juristisch, sondern vor allem politisch führen, ist diese Broschüre auch eine Konsequenz aus den Ereignissen vor einem Jahr.

Wie verwenden in dieser Broschüre bis auf Ausnahmen die Begriffe „extreme Rechte“ beziehungsweise „Neofaschismus“. Mit „extreme Rechte“ wird ausgedrückt, dass es sich hierbei um eine extreme Form der politischen Rechten handelt, eine präzise Abgrenzung zwischen der gemäßigten Rechten, das heißt dem Konservatismus, und der extremen Rechten nicht immer möglich ist. Der Begriff „Rechtsextremismus“ ist hingegen missverständlich, weil er eine Wesensverwandtschaft zwischen entgegengesetzten politischen Richtungen nahe legt, nämlich einem linken und einem rechten Extremismus. Eine totalitarismustheoretische Gleichsetzung lehnen wir ab, sie ist sowohl aktuell wie auch historisch nicht haltbar. Es wird gern vergessen, dass die konservativen Eliten, Militär und Wirtschaft einen maßgeblichen Anteil an der Entstehung des deutschen, italienischen und spanischen Faschismus hatten. Für Parteien wie die NPD oder Organisationen wie die FK, welche sich selbst in die Tradition des Faschismus stellen, benutzen wir den Begriff neofaschistisch.

Diese Broschüre wäre ohne die Hilfe vieler Menschen nicht möglich gewesen.

Der Internetdienst IDAFAR half uns sehr bei der alltäglichen Recherche, ebenso befreundete JournalistInnen. Die Fotografen von *attenzione photographers, no place to hide* sowie weitere, die gerne unerwähnt bleiben, steuerten viele Bilder bei. PBDT sorgte mal wieder für eine überzeugende Grafik und einen günstigen Druck. Dem *HBgR*, den beteiligten Gruppen und Einzelpersonen sowie diversen unabhängigen Antifa-Gruppen danken wir ebenfalls. Und schließlich allen, die den neuen und alten Nazis tagtäglich das Leben schwer machen.

**DGB-Jugend Hamburg und Avanti – Projekt undogmatische Linke, OG Hamburg, November 2007**



oben Transparent des „Hamburger Bündnis gegen Rechts“  
links Thorsten de Vries (Kamera) und Volker Fuchs (Sonnenbrille), ehemaliger Betreiber von Odin & Freya im Stellinger Ratskeller (07.05.2006)

### keine Fußnote

In den vergangenen Jahren haben neonazistische Aktivitäten in Hamburg deutlich zugenommen. Die Aufstellung auf den folgenden Seiten gibt einen Überblick über einen Großteil dieser Vorkommnisse.

## Die DVU

### Ein Multimillionär und seine Phantompartei

Die **Deutsche Volksunion (DVU)** ist mit 8.500 Mitgliedern (2006) immer noch die mitgliederstärkste neofaschistische Partei, wenn auch stark überaltert und ständig schrumpfend (2001 noch 15.000 Mitglieder). Die DVU wurde 1971 als überparteilicher Verein unter Einschluss konservativer Kräfte gegründet und 1987 zwecks einer Kooperation mit der NPD und Wahlkandidaturen in die *DVU – Liste D* überführt. Damals sollte Gerhard Frey die DVU finanzieren, die NPD jedoch die wesentliche, organisatorische Arbeit vor Ort aufbringen.

Starke Kritik der NPD-Basis und deren Jugendorganisation, Freys ungenierte Machtpolitik und ein schlechtes Wahlergebnis der NPD bei der Bundestagswahl 1990 führten zur Trennung. 1991 fand die Umbenennung in *Deutsche Volksunion* und die Transformierung zur Partei in der heutigen Form statt. Damals wie heute hat die DVU kein ausgeprägtes Parteileben, Mitglieder sind im Wesentlichen die LeserInnen der *Nationalzeitung* (NZ). Weiteren Zulauf erhält die Partei über DVU-nahe Aktionsgemeinschaften wie die revanchistische *Aktion Oder-Neiße*, den NS-verherrlichenden *Ehrenbund Rudel* oder die rassistische *Initiative für Ausländer-Begrenzung*. Größtenteils gehören die Mitglieder noch der „Erlebnisgeneration“ der Kriegsteilnehmer und den sogenannten Vertriebenen an.

### Ein Führer ...

Dr. Gerhard Frey studierte Rechts- und Staatswissenschaften und kam über die journalistische Arbeit, unter anderem als Herausgeber verschiedener neofaschistischer Zeitschriften, zur Politik. Sein beträchtliches Vermögen gründete er auf der unternehmerischen Tätigkeit seiner alteingesessenen Kaufmannsfamilie und nährt es seit Jahrzehnten durch verlegerische Tätigkeiten, NS-Devotionalienhandel und Immobilienspekulation. Der gern als „Anwalt kleiner Leute“ auftretende Multimillionär soll mehr als hundert Häuser besitzen, aus denen er in der Vergangenheit mit horrenden Mieten und unverschämten Verträgen Profit presste. Auch die DVU und das inoffizielle Parteiorgan *NZ* dienen neben der politischen Agitation den Gewinninteressen Freys, ein Umstand, der bei der NPD und besonders bei den *Freien Kameradschaften* (FK) immer wieder auf massive Kritik stößt. Selbst Kandidaturen und Wahlkämpfe betrachtet der Führer der DVU streng nach Kosten-Nutzen-Analysen, zum Beispiel ob er nach Wahlen mit staatlicher Parteienfinanzierung und gesteigertem Interesse am Kauf seiner Produkte rechnen kann.

Frey führt die DVU autoritär und dirigistisch wie ein Unternehmen. Die politische und wirtschaftliche Macht des Vorsitzenden ist unangefochten. Der Bundesvorstand ist bewusst klein gehalten und mit persönlichen Vertrauten Freys besetzt. Politische und Personalfragen entscheidet der Patriarch gern allein, die innerparteiliche Demokratie genügt den Anforderungen des Parteiengesetzes kaum. Als Wahlkandidaten werden von Frey mit Vorliebe politisch unerfahrene Neumitglieder bestimmt, die sich leichter dirigieren lassen.<sup>1</sup> Reden, Parlamentsanträge und -anfragen werden in der Münchner Parteizentrale oft vorformuliert, weshalb in neofaschistischen Kreisen der Witz kursiert, eine DVU-Fraktion werde handlungsunfähig, wenn man den Faxstecker zöge.

### ... und seine Gefolgschaft

Momentan ist die in allen Bundesländern organisierte DVU nur im Brandenburger Landesparlament in Fraktionsstärke vertreten; in der Vergangenheit gab es DVU-Fraktionen in Bremen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Außerdem ist die DVU im Rahmen des *Deutschlandpaktes*, nach Absprache mit der NPD zur Verhinderung von Konkurrenz kandidaturen oder mittels gemeinsamer Listen, in einigen Kommunalparlamenten vertreten. In Bremen, wo die DVU von 1987 bis 1995 und erneut kontinuierlich seit 1999 in der Bürgerschaft saß, trat im Juli 2007, wenige Wochen nach seiner erfolgreichen Wiederwahl, der langjährige Abgeordnete Siegfried Tittmann aus der DVU aus.

Rassistisches Flugblatt der DVU zur Bürgerschaftswahl 1997





## Bundesweiter Ausblick

Im „Deutschlandpakt“ mit der NPD ist die DVU der schwächere Partner. Trotzdem will sie an diesem festhalten und auch zu den Landtagswahlen in Thüringen und Brandenburg allein kandidieren. Der Pakt führte in der Vergangenheit zu nicht wirklich gleichberechtigter Zusammenarbeit, sondern verhinderte lediglich Konkurrenz-kandidaturen. Der altersbedingte Mitgliederschwund konnte nicht gestoppt werden, da jüngere NeofaschistInnen eher von der NPD angesprochen werden. Mittelfristig könnte die DVU also vermehrt Mitglieder an diese aktivere Partei verlieren, wie in Hamburg bereits geschehen. Der diktatorische Führungsstil Freys, das Fehlen eines Parteilebens und einer entsprechenden Subkultur Parteileben und eine entsprechende Subkultur, die strenge Ausrichtung auf die „Erlebnisgeneration“ und eine nur verhaltene Thematisierung der sozialen Frage machen die DVU zunehmend unattraktiv. Die Nachfolge des 1933 geborenen Patriarchen Frey ist vollkommen ungeklärt, sein Sohn Gerhard Frey jun. soll nicht bereit sein, die Partei zu übernehmen.

## Kurze Geschichte der Hamburger DVU

In Hamburg kandidierte die DVU erstmals 1989 zur Europawahl und bekam 1,5 % (circa 10.000 Stimmen). 1993 bekam die DVU bei der Bürgerschaftswahl (BüWa) 2,8 % (23.618 Stimmen), im Bezirk Bergedorf 5,6 % und Ingolf Groetschel und Ursula Winkler (2004: NPD) zogen in die dortige Bezirksversammlung ein. Die DVU-Abgeordneten blieben dort jedoch bis zur nächsten BüWa weitgehend inaktiv.

Der Vizebundesvorsitzende nahm seinen Kameraden Anatoli Wolf gleich mit. In Bremen gibt es somit keinen DVU-Abgeordneten mehr, in Bremerhaven nur noch einen. Dieser Vorgang ist geradezu symptomatisch für die parlamentarische Geschichte der DVU. Immer wieder lösten sich Fraktionen der neofaschistischen Partei auf, statt konstruktive Arbeit zu leisten. Mal bereicherten sich gewählte Volksvertreter an Fraktionsgeldern oder veruntreuten diese zugunsten der Münchner Parteizentrale. Außerdem scheiterten häufig völlig unerfahrene Laien an der parlamentarischen Realität oder an Freys diktatorischem Führungsstil.

Beim letzten Bundesparteitag am 20. Januar 2007 wurde Gerhard Frey „ganz demokratisch“ mit 99,6 % wiedergewählt; die Fortführung des „Deutschlandpaktes“ wurde in einer Rede des NPD-Führers, Udo Voigt, bekräftigt. Dieses Jahr gab es einen gemeinsamen Parteitag der Landesverbände Brandenburg und Sachsen-Anhalt sowie einen gemeinsamen Parteitag der norddeutschen Landesverbände mit 400 Personen in Rastrow bei Schwerin. Unterhalb der 16 Landesverbände bestehen formal Kreis- und Ortsverbände; meist handelt es sich dabei jedoch nur um so genannte Stammtische. Bundesweit finden monatlich insgesamt circa 40 DVU-Treffpunkte statt.



DVU-Vize Sven Eggers (li) mit NPD-Chef Udo Voigt (mi) und DVU-Chef Gerhard Frey (re) bei der Unterzeichnung des 'Deutschlandpaktes' (Faksimile: Deutsche Stimme, Parteizeitung der NPD)

1997 verpasste die DVU den Einzug in die Hamburgische Bürgerschaft um 0,02 % (190 Stimmen), wurde jedoch in Mitte, Wandsbek, Bergedorf und Harburg in die Bezirksversammlungen gewählt. Ein besseres Wahlergebnis hat weder davor noch danach je eine neofaschistische Partei in Hamburg erzielt, was auch daran lag, dass bürgerliche Parteien den Wahlkampf rassistisch aufgeheizt hatten. Frey diffamierte in den nachfolgenden Jahren die anderen Parteien als Wahlbetrüger, blieb mit einer juristischen Wahlanfechtung jedoch erfolglos. In den vier Bezirken zogen insgesamt 13 Abgeordnete unter der Führung des Frey-Vertrauten Heinrich Gerlach, in den 1970er-Jahren Nazischläger der *Harting-Bande*, in die Parlamente ein. Sie unterhielten eine gemeinsame Geschäftsstelle in Bergedorf und zeichneten sich insgesamt durch personelle Kontinuität aus.

Die Bezirksarbeit in Hamburg war im Gegensatz zu anderen Bundesländern gut vorbereitet, die DVU-Abgeordneten nahmen regelmäßig an den Sitzungen der Bezirksversammlungen, nicht jedoch an den Fachausschüssen teil. In Anträgen, Anfragen und Debatten überwogen neben kommunalpolitischen Fragen rassistische, NS-relativierende und sicherheitspolitische Themen. Der Politologe Dr. Matthias Schmidt kam 1998 in einer Untersuchung zu folgendem Schluss: „Für Hamburg muss hervorgehoben werden, dass es dort die ‚Deutsche Volksunion‘ erstmalig geschafft hat, eine Politik zu konzipieren, die auf die örtlichen Gegebenheiten ausgerichtet ist.“<sup>2</sup>

## Fortsetzung

>>Am 30.01.2004 demonstrieren 1.000 Neonazis in HH-Barmbek gegen die Ausstellung „Die Verbrechen der Wehrmacht – Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944“ vom Hamburger Institut für Sozialforschung. Bei dem Aufmarsch werden deutsche Kriegsverbrechen offen gezeugnet. >>

>>Am 27.03.2004 demonstrieren erneut ca. 400 Neonazis gegen die Ausstellung. Bereits einige Tage vorher störten einige Faschisten eine Veranstaltung der Evangelischen Akademie zum Thema Vernichtungskrieg und zeigten ein Transparent mit der Aufschrift „Reemtsma lügt – Wahrheit siegt!“>>

>>Vier Männer aus der Nazi-Skinhead-Szene werden festgenommen, ihnen wird vorgeworfen am 12.04.2004 einen Brandanschlag auf einen Imbisswagen verübt zu haben, der von einem Migranten gepachtet war.>>

Um 2001 endgültig den Durchbruch zu schaffen, war Frey der Wahlkampf nach realistischen Schätzungen mehr als zwei Millionen DM wert (SPD 1,5 Mio. DM und CDU 800.000 DM). Ein Stadtstaat wie Hamburg hat für Frey den Vorteil, dass er seinen kostenintensiven Wahlkampf auf enger Fläche bündeln kann, ohne auf einen Parteiapparat angewiesen zu sein.

Die Sympathisanten wurden zu massiven Spenden aufgefordert und Mitglieder aus anderen Bundesländern als WahlhelferInnen entsandt. Um 600.000 HamburgerInnen mit DVU-Post zu belästigen, wurde die entsprechende Zahl an Datensätzen aus den Melderegistern angefordert, JungwählerInnen unter 25 und BürgerInnen über 60 Jahren wurden gesondert beworben. Anders als sonst wurden 1997 mehrere Dutzend Infotische der DVU, ein Werbeflugzeug und im Internet *DVU-TV* eingesetzt. Adlige Unterstützung kam von Gräfin G. von Bismarck: „Mit Bewunderung verfolge ich den mutigen Einsatz der DVU in Hamburg ... Meine Unterstützung ist Ihnen gewiss.“<sup>3</sup>

Die DVU scheiterte 2001 trotzdem an der konkurrierenden Schill-Partei und bekam nur 0,7 % (6.043 Stimmen). Zur Bundestagswahl (BTW) 2002 und zur BüWa 2004 trat die DVU wohl aus den oben genannten Kosten-Nutzen-Erwägungen nicht an, zur BTW 2005 kandidierte gemäß dem „Deutschlandpakt“ die NPD.

## Freys Statthalter für Hamburg

War während der parlamentarischen Phase Heinrich Gerlach der wichtigste Mann der hanseatischen DVU, so ist es heute der 1965 geborene Sven Eggers. Der Publizist entstammt einer Familie mit klarer NS-Vergangenheit; sein Großvater war völkischer Dichter und Kommandant der *SS-Panzerdivision Wiking*. Über diesen schrieb Sven Eggers 2006: „In meinem Herzen gibt es ohnehin nur eine soldatische Nummer eins, und das ist Obersturmführer Kurt Eggers, mein Großvater!“<sup>4</sup> Schon 1985 war Eggers stellvertretender Vorsitzender eines *Patriotischen Bundes*, einer Organisation, in der sich akademisch orientierte, junge Rechte trafen. Seit 1986 ist Eggers Redakteur der Nationalzeitung, inzwischen Verantwortlicher für den redaktionellen Teil der größten neofaschistischen Zeitung der BRD. Bei der Unterzeichnung des „Deutschlandpaktes“ war er neben den Parteiführern Frey und Voigt als Dritter persönlich dabei. In Hamburg war er 1997 und erneut 2005–2006 Landesvorsitzender der DVU. 1999 wurde er als presserechtlich Verantwortlicher eines rassistischen Flugblattes wegen Volksverhetzung angeklagt. Er wurde freigesprochen, weil dies angeblich ohne sein Einverständnis geschehen wäre. Momentan ist er einer der stellvertretenden Vorsitzenden der hanseatischen DVU.<sup>5</sup>

Der begeisterte Fußballfan Eggers ist nicht nur Herausgeber der Bücher „Sieg, Ruhm, Ehre – Sternstunden des deutschen Sports“ und „Feldherren des deutschen Fußballs“, sondern auch Autor rassistischer Artikel in der NZ, die vorgeblich Sport zum Thema haben. 1999 wurde Eggers wegen seiner neofaschistischen Tätigkeiten aus dem bayrischen HSV-Fanklub „Brigada Bavaria“ ausgeschlossen, dessen Vorsitzender er zuvor war.

Eggers Artikel in der NZ und in Büchern der Frey'schen Verlage spiegeln die gesamte neofaschistische Themenpalette der DVU wider. Er fordert wie NPD und militante Nazis „Todesstrafe für Kindermörder“<sup>6</sup> und stellt Bundeskanzlerin Angela Merkel als willenlose Erfüllungsgehilfin der US-amerikanischen Kriegspolitik in Afghanistan dar.<sup>7</sup> Fröhliche Urstände feiert Eggers' Antiamerikanismus in seinem Buch „Schurkenstaat USA“. Latenter Antisemitismus findet sich zum Beispiel in seinem Artikel über „die einseitige Vergangenheitsbewältigung zu Lasten unseres Volkes“<sup>8</sup>. Kritikern hält Eggers sein Buch „Antisemitismus? – Die Wahrheit über Michel Friedman“ entgegen. In rassistischer Weise schwadroniert Eggers über „Überfremdungsghettos“ und „Asylunwesen“, „eingeschlepptes Gangstertum“ und Politiker, die angeblich die „Bundesrepublik für noch mehr Banditen aus aller Welt“ öffnen würden.<sup>9</sup>



Der ehemalige DVU-Landesvorsitzende Archibald Felsch (re) in der Uniform des Technischen Hilfswerkes (Faksimile: <http://www.lv-hhmsh.thw.de>, Ausschnitt der Homepage des Techn. Hilfsw. Hamburg)



## Die DVU Hamburg ist zwar nicht so aktiv wie die hiesige NPD, hat aber auch einige Kontakte zu anderen alt- und neofaschistischen Organisationen

In seinen geschichtsrevisionistischen Artikeln lenkt Eggers das Augenmerk gern auf Kriegs- oder Völkerrechtsvergehen anderer Nationen.<sup>10</sup> Offensichtlicher wird Eggers' Geschichtsrevisionismus bei der Beurteilung von Wehrmacht und SS. Anlässlich des Prozesses wegen des Folter-skandals bei der Bundeswehr empfiehlt er ausgerechnet die „Traditionen des deutschen Soldatentums“ (also von Wehrmacht und SS) als Erziehungsideal bei der heutigen Truppe.<sup>11</sup> Schließlich ist er auch Mitautor der 3-bändigen Reihe „Helden der Wehrmacht“.

Eine ausführliche, wenn auch dezent verpackte Würdigung nationalsozialistischer Politik betreibt Eggers in seinem Artikel „Der Fall Eva Herman“. Eggers hebt die angeblich positive Seite der Gesundheits-, Beschäftigungs- und Familienpolitik der NSDAP hervor. Hitlers Wahlerfolge hätten ihre Ursachen in der „Überwindung der bitteren Folgen des Sieger-Diktats von Versailles“, in angeblichen „Friedenssprüchen“, schreibt Eggers in typischer Wortwahl, in der Beseitigung des Massenelends und der Stärkung der Familien. „Eine Fülle familienpolitischer und sozialer Maßnahmen versüßte den Deutschen die nationalsozialistische Diktatur“<sup>12</sup>.

Wie in der DVU üblich neigt Eggers auch zu Verschwörungstheorien und klagt über eine angeblich grassierende Political Correctness. Die Bücher „So lügt das Fernsehen“ und „Maulkorb-Republik Deutschland – Hohmanns Hinrichtung und andere große Skandale“ sind hierfür Beispiele.



Der Hamburger DVU-Vorsitzende Günther Schlemmer bei einem Treffen von ehemaligen SS-Soldaten im Mai 2005

### Freys hanseatische Fußtruppen

In einem Eisenbahnerheim in der Nähe der Deichtorhallen traf sich – bis dies im September 2007 öffentlich wurde – der Gesprächskreis der 160 Mitglieder umfassenden Hamburger DVU. In den 1990er-Jahren, als die DVU in den Bezirksversammlungen saß, gab es sogar bis zu fünf sogenannte Klönschnacks, bei denen sich monatlich Funktionäre des Landesvorstandes und aktive Mitglieder zum Gedankenaustausch trafen. Die Räumlichkeiten wurden von Harry Ostwaldt, Ex-Funktionär der europäischen Eisenbahnvereinigung ACE organisiert. Sowohl die *Deutsche Bahn AG* wie auch die ACE waren darüber nicht informiert. Ostwaldt war bereits 1986 Mitglied im neofaschistischen *Freundeskreis Filmkunst e.V.*

Diese Gruppierung aus dem Vereinsgeflecht um Nazianwalt Jürgen Rieger zeigte in den 1980er- und 1990er-Jahren indizierte NS-Filme in angemieteten Hamburger Kinos. Regelmäßiger Teilnehmer der Klönschnacks ist einer der stellvertretenden DVU-Vorsitzenden, Archibald Felsch. Der 1925 geborene Rentner kandidierte schon 1993 für die DVU in Hamburg und brachte es vor wenigen Jahren bis zum Vorsitzenden des Landesverbandes. Stellvertretender Bezirksbeauftragter in Hamburg-Mitte war Felsch auch in einer anderen Organisation: Vom Technischen Hilfswerk wurde er 2005 deshalb und wegen seiner 50-jährigen Zugehörigkeit geehrt.



Robert Valkovic, bis September 2007 Hamburger DVU-Vize

Weitere Stellvertreter neben Felsch sind außer Sven Eggers noch der 1939 geborene Werkzeugmacher Oswald Dannenberg und der 1952 geborene Kfz-Schlosser Frank Günther Senftleben. Dannenberg war schon 1992 im Landesvorstand der DVU Schleswig-Holstein, Senftleben saß 1997–2001 für die DVU in der Bezirksversammlung Mitte und ist die Kontaktperson für den Klönschnack der Neofaschisten.

Die DVU Hamburg ist zwar nicht so aktiv wie die hiesige NPD, hat aber auch einige Kontakte zu anderen alt- und neofaschistischen Organisationen.

Der Landesvorsitzende Gerhard Schlemmer nahm beispielsweise mehrfach an den Versammlungen der *Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS e.V.* (HIAG) teil. Die ehemaligen SS-Männer der HIAG und ihr Anhang trafen sich skandalöserweise bis zum Frühjahr 2006 im Restaurant der Hamburger Handwerkskammer. Polizei und Behörden waren ahnungslos, bis AntifaschistInnen das Nazitreffen öffentlich machten.

**Fortsetzung** >>Am 08.05.2004 verletzten 3 Nazi-Skinheads einen jungen Studenten in der U-Bahn zwischen Berne und Farmsen mit Tritten und Schlägen.>>

>>25. Juli 2004: ca. 70 Neofaschisten kommen auf Einladung der *Bürgerinitiative Hamburger Opfer unvergessen* auf dem Ohlsdorfer Friedhof zusammen, um den „Bombenopfern anglo-amerikanischen“ Luftterrors zu gedenken.>>

>>Am 04.09.2004 demonstrieren 150 Neonazis in HH-Winterhude unter dem Motto „Musikfreiheit ist Meinungsfreiheit“. Auf einem Wagen spielt dabei die Band *Oidoxie*.>>

Bei den Treffen der ehemaligen Soldaten der SS, die in den Nürnberger Prozessen zur verbrecherischen Organisation erklärt worden war, träumte man davon, endlich mal wieder die Hakenkreuzfahne zu hissen oder in SS-Uniform zu marschieren, erging sich in extrem rechten Verschwörungstheorien und riss Judenwitze. Bei einem der monatlichen Vorträge wurde das Buch „Wem dient Merkel wirklich“ ausführlich vorgestellt; eine antisemitische Verschwörungstheorie aus dem Hause Frey, nach der die Bundeskanzlerin von jüdischen Unternehmern gesteuert werde. Sven Eggers verteidigte das Treffen der SS-Verbrecher und ihre antisemitischen Tiraden in der NZ ausdrücklich. Gerhard Schlemmer, Angestellter aus St. Pauli, hält scheinbar auch guten Kontakt zur bundesweiten NPD. Als 2005 der sächsische NPD-Abgeordnete Uwe Leichsenring starb, kondolierte der Hamburger DVU-Chef mit den Worten: „Dein Leben galt Deutschland. Wir werden Dich nicht vergessen.“

Auch Robert Valkovic, bis September stellvertretender DVU-Vorsitzender in Hamburg, sucht Kontakt zur NPD. So war er im September 2007 Gast bei deren Parteitag in Hannover. Beim Parteitag der norddeutschen Landesverbände der DVU im Juli 2007 hielt Valkovic eine Rede mit dem bezeichnenden Titel: „Wir sind die, vor denen euch eure Lehrer immer gewarnt haben.“

Kontakte zur NPD und zu den FK hielt auch der Wandsbeker DVU-Funktionär Gerhard Teppris bis zu seinem Tod im Sommer 2007. Schon 2002 warb er in der NZ für seine *Bürgerinitiative Hamburger Opfer unvergessen*, die seitdem jeweils im Juli am offiziellen Mahnmal für die Hamburger Bombenopfer auf dem Ohlsdorfer Friedhof schaurig inszenierte „Gedenkfeiern“ abhält. Sowohl ältere Mitglieder der NPD und der DVU als auch *Freie Nationalisten*, die mit schwarzen Fahnen Spalier stehen, können ungestört von Polizei und Friedhofsverwaltung jedes Jahr ihren Aufmarsch abhalten.

2006 wurde die ‚Trauerfeier‘, bei der Teppris und der in Auschwitzleugner-Kreisen verkehrende ehemalige U-Boot-Offizier Klaus-Christoph Marloh sprachen, von AntifaschistInnen behindert. 2007 wurde sie wieder ungestört unter den Augen der Polizei durchgeführt. Anwesend waren DVUler auch aus dem Landesvorstand, Mitglieder der NPD und der FK. Es sprach der stellvertretende Landesvorsitzende der NPD, Karl-Heinrich Göbel. Das früher gespannte Verhältnis zwischen DVU und NPD/FK scheint sich entkrampft zu haben. Noch 2000 hatten Nazis um Christian Worch und Thomas Wulff eine DVU-Veranstaltung in Hamburg gestört, Frey das Mikrofon entzogen und diesen als „feisten Geschäftemacher“ und „machtgierigen Funktionär“ und die DVU als „Pseudopartei“ bezeichnet.

Umgekehrt rühmt sich der Landeschef der NPD, Jürgen Rieger, guter Kontakte zur DVU und behauptet, Scharnier im „Deutschlandpakt“ gewesen zu sein. Bereits 1968, als Student an der Hamburger Universität, schloss er sich der Frey'schen Tarn-Organisation *Aktion Oder-Neiße* an, deren Landesbeauftragter für Hamburg und Schleswig-Holstein er 1970 wurde.

1971 täuschten Rieger, weitere NeofaschistInnen und Prof. Berthold Rubin, langjähriger Frey-Vertrauter, eine Entführung des Byzantinistik-Professors Rubin vor, um „den Volkszorn auf die Linken zu lenken“ und die damalige Wahl in Schleswig-Holstein zugunsten der CDU zu beeinflussen. Wahrscheinlich für solche ‚Verdienste‘ bekam Rieger 1996 schließlich den *Freiheitspreis der Deutschen Nationalzeitung*. In der Laudatio hieß es „für seinen Mut, seine Charakterstärke, seine Wahrheitsliebe und seine Verdienste im Kampf gegen die Verleumdung der deutschen Rechten.“<sup>13</sup>

## Ausgangslage für die Bürgerschaftswahl

Trotz des schlechten organisatorischen Zustandes der Partei ist zu befürchten, dass die DVU am 24. Februar 2008 zumindest in einige Bezirksversammlungen einziehen wird. Dies würde nicht nur bedeuten, dass der Partei in den Parlamenten eine Bühne für neofaschistische Propaganda geboten würde, sondern es brächte ab einem Prozent der Stimmen durch die staatliche Parteienfinanzierung auch eine erhebliche Finanzspritze für die DVU mit sich. Die sich im Abwärtstrend befindende DVU sowie der „Deutschlandpakt“ würden dadurch gestärkt werden. Mittelfristig würden generell eine neofaschistische Politik in Hamburg und insbesondere die NPD profitieren, die 2009 zur Bundestagswahl antritt. Ein erheblicher Dämpfer für die DVU 2008 könnte auch den Aufwärtstrend der Nationaldemokraten stoppen.



links DVU-Mitglieder legen einen Kranz am Mahnmal für die Hamburger Bombenopfer nieder (Juli 2006)

## Die versuchte Kundgebung „Meinungsfreiheit für Eva Herman“ zeigt, dass für die DVU der Wahlkampf im Oktober begonnen hat

Neofaschistische Konkurrenz in Form der REP gibt es in Hamburg nicht mehr; die Schill-Partei ist kläglich gescheitert und ihre Möchtegern-Nachfolger *Rechte Mitte HeimatHamburg* und *Zentrumspartei* sind dadurch ebenfalls weitgehend diskreditiert. Deren Führer Roger Kusch und Dirk Nockemann wirken wie ein billiger Abklatsch von „Richter Gnadenlos“, sie haben weder Apparat oder Millionen wie Frey noch Unterstützung durch CDU, Springer-Presse und hanteseitiges Bürgertum wie einst Ronald Schill.

In Bremen konnte die DVU, obwohl sie dort auch schlecht aufgestellt ist, im Mai 2007 0,5 % dazugewinnen (insgesamt 2,74 %) und mittels eines besonderen Wahlmodus über Bremerhaven wieder in die Bürgerschaft und außerdem in mehrere Stadtteilbeiräte einziehen. Die rechtspopulistischen Konkurrenten waren in Bremen, obwohl sie teilweise mehr Aufmerksamkeit bekamen, weniger erfolgreich.

Seit auf dem norddeutschen Parteitag im Juli 2007 von Gerhard Frey bekräftigt wurde, dass in die DVU zur Bürgerschaftswahl in Hamburg antreten soll, ist der monatliche Klönschnack deutlich besser besucht. Es wurde extra eine Homepage für den Hamburger Landesverband eingerichtet. Dort befinden sich hauptsächlich Artikel aus der DVU-nahen *Nationalzeitung* mit Hamburger Bezug.

Am Sonntag, dem 2. September, fand der „Landesparteitag Hamburg“ in Niedersachsen statt, auf dem Vorstandswahlen abgehalten wurden. Als RednerInnen waren unter anderem mit folgenden Themen vorgesehen: der Bundesvorsitzende Gerhard Frey („Noch ist Deutschland nicht verloren“), der ehemalige *Legion-Condor*-Flieger und NS-Oberst Hajo Herrmann („Die Vernichtung Hamburgs und unser Kampf um die Reichsverteidigung“) und die Bremerhavenerin Desiree Schneider („Die Jugend wählt deutsch“). Laut Homepage waren 350 Mitglieder und Gäste der neofaschistischen Partei anwesend, viele werden allerdings extra einbestellte Claqueure aus anderen Bundesländern gewesen sein. Die versuchte Kundgebung „Meinungsfreiheit für Eva Herman“ zeigt, dass für die DVU der Wahlkampf im Oktober begonnen hat und dass sie diesen wohl aktivistischer führen will als in der Vergangenheit.

Gerhard Frey braucht, auch um gegenüber der NPD bestehen zu können, dringend einen Wahlerfolg. Im August 2007 erklärte der NPD-Sprecher Klaus Beyer, dass seine Partei nicht in Hamburg kandidieren werde, den Wahlkampf der DVU aber unterstütze. Ob dieses auch für die FK gilt, bleibt abzuwarten. Ihnen gilt Frey als „Profiteur“ der nationalen Sache, und über das Abschneiden der DVU bei den Bremer Wahlen waren sie verärgert.

Neben externen Faktoren, ob zum Beispiel wieder ein rassistisch und sicherheitspolitisch aufgeladener Diskurs wie 1997 und 2001 den Wahlkampf in Hamburg bestimmt, und internen Faktoren im neofaschistischen Lager, also ob es zu einer echten Kooperation zwischen DVU, NPD und FK kommt, wird ein Erfolg der DVU 2008 im Wesentlichen vom Agieren der übrigen Parteien und der Zivilgesellschaft abhängen. Wenn insbesondere SPD, GAL und Linke eine glaubhafte Perspektive bezüglich der sozialen Frage bieten, werden sie den NeofaschistInnen ein wesentliches Agitationsfeld nehmen.

Dazu gehört, dass die Antwort auf die soziale Frage ohne Ausgrenzung von Minderheiten auskommt. Von „Fremdarbeitern“ zu reden wie Oskar Lafontaine oder mit „Bettlerpapieren“ und Brechmitteleinsätzen gegen Minderheiten mobilzumachen wie SPD und GAL als frühere Hamburger Regierungsparteien, stärkt neofaschistische Positionen und Parteien. Die Verwirklichung von gleichen Rechten für alle Menschen bleibt die wichtigste Waffe gegen den Neofaschismus. Der Kampf gegen die DVU muss gezielt in ihre Wahlhochburgen im Osten und Süden Hamburgs getragen werden. <<

### Anmerkungen

- 1 Siehe den amüsanten You-tube-Beitrag über den Hamburger Spitzenkandidaten Reimers 1993: [www.youtube.com/watch?v=idV6zZ9Q0A4](http://www.youtube.com/watch?v=idV6zZ9Q0A4) (30.10.2007).
- 2 Schmitt, Matthias; Deutsche Volksunion – eine unterschätzte Kraft im rechtsextremen Lager? in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.) Akademie der Politischen Bildung 4/1998, Bonn 1998
- 3 Gräfin G. von Bismarck, Hamburg: Leserbrief, in: NZ 37/2001, S. 8
- 4 Eggers, Sven: Tolle Kerle, die Ehre verdienen, in: NZ 50/2006, S. 9
- 5 Angaben zum Vorstand nach dem Stand vom 13.03.2007 beim Bundeswahlleiter
- 6 Eggers, Sven: Todesstrafe für Kindermörder, in: NZ 11/2007, S. 3
- 7 Eggers, Sven: Raus aus Afghanistan, in: NZ 23/2007 S. 1
- 8 Eggers, Sven: Schulfach Nationalsozialismus, in: NZ 29/2006 S. 14
- 9 Eggers, Sven: Abkassiert wird oben, in: NZ 38/2007 S. 5
- 10 Eggers, Sven: „Sorry“ für Sklaverei, in: NZ 16/2007 S. 13
- 11 Eggers, Sven: Traditionsbruch mit Folgen, in: NZ 14/2007, S. 7
- 12 Eggers, Sven: Der Fall Eva Herman, in: NZ 38/2007, S. 3
- 13 zit. n. Anders, Jos: Noch ist Deutschland nicht verloren, in: Der Rechte Rand, 43/1996, S. 16

### Fortsetzung

>>Am 18.09.2004 besuchen rund 200 Neonazis ein RechtsRock-Konzert in HH-Wandsbek. Es spielen die Bands *Donnerhall*, *Schall und Rauch* sowie *Blutstahl*. Die Veranstaltung wurde offiziell als Geburtstagsfeier deklariert. Die verständigte Polizei sieht keinen Handlungsbedarf.>>

>>Am 12.11.2004 beleidigen fünf junge Männer einen Afrikaner als „Negerschwein“ und bedrohen ihn. Körperlicher Gewalt kann sich der junge Mann nur durch den fluchtartigen Ausstieg aus der S-Bahnlinie 1 entziehen.>>

>>Am 08.01.2005 halten etwa 80 Neonazis in Harburg eine Mahnwache „gegen Ausländergewalt“ ab. Zuvor hatte ein Migrant in Notwehr einen Neonazi verletzt.>>

## Die DVU – großdeutsch, rassistisch, antisemitisch

### Mit der DVU tritt in Hamburg eine Partei zur Bürgerschaftswahl an,

die viele Jahre lang in der Bremer Bürgerschaft mit einem sowie seit 2004 in Brandenburg mit sechs Abgeordneten im Landtag vertreten war bzw. ist. Ihre politischen Vorstellungen und Zielsetzungen erschließen sich insbesondere aus dem Parteiprogramm (PP), den Aktivitäten der ParlamentarierInnen und der Wochenzeitung NZ.

Letztere ist von ursprünglich drei Wochenzeitungen (früher noch: *Deutscher Anzeiger* und *Deutsche Wochen-Zeitung*) übrig geblieben. Sie ist zwar formal von der Partei unabhängig, berichtet aber ausführlich und immer wohlwollend über die DVU-Parteitage und -aktivitäten.

Dies verwundert nicht, da Parteichef Gerhard Frey zugleich Herausgeber der NZ ist. Außerdem sind für einen erheblichen Teil der dort veröffentlichten Beiträge DVU-AktivistInnen verantwortlich.

Zwar beginnt das Parteiprogramm der DVU mit einem vollmundigen Bekenntnis zum Grundgesetz, doch bereits im Abschnitt 1, der die Überschrift „Bewahrung der deutschen Identität“ trägt, wird deutlich, um was es der DVU geht. Was die DVU mit dem Satz „Wir respektieren alle Völker, reichen Menschen jeden Volkstums brüderlich die Hand“ meint, ist nichts anderes als ein Apartheidmodell.

Dabei werden „Völker“ als biologisch eindeutig abgrenzbare Einheiten verstanden, deren Mitglieder gewisse Eigenschaften und Charakterzüge gemeinsam haben – und sich in diesen angeblich deutlich von denen anderer „Völker“ unterscheiden. Zwar ist eine solche Vorstellung aufgrund der über Jahrtausende zurückreichenden Wanderungsbewegungen ausgemachter Unsinn; dies hindert die DVU jedoch nicht daran, ständig die Reduzierung der Zahl der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund zu fordern.

Dass die DVU mit ihrem völkischen Nationalismus aktuelle politische Debatten aufzugreifen weiß, zeigt die im Wahlkampf verwendete Parole „Michel statt Moschee“.

Hier wird der „Michel“ als ein weithin bekanntes Symbol Hamburgs und als Gebäude der evangelischen Kirche verwendet, um gegen die Ausübung der muslimischen Religion Front zu machen.

Die Botschaft ist, dass Hamburg eine exklusiv christliche und deutsche Stadt sein soll, in der Muslime und Zugewanderte keinen Platz haben.

So beantwortet die NZ die Frage, ob „Moslems unsere Brüder“ seien, ebenfalls mit dem Apartheidmodell: „Es gibt keine elementaren Gegensätze zwischen Abendland und Morgenland, wenn wir getrennt bleiben.“

Wie bereits in vielen anderen Wahlkämpfen zuvor, machen DVU und NZ auch jetzt in Hamburg die Einwanderung von Menschen für die Arbeitslosigkeit verantwortlich. „Arbeit statt Zuwanderung“ lautet die dumme, gleichwohl gefährliche Parole. Würde es einen solchen Zusammenhang geben, dann dürfte es in Ostdeutschland, wo der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund sehr gering ist, keine Arbeitslosigkeit geben.

Tatsächlich ist diese Gruppe überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen, weil häufig die notwendigen Ausbildungsabschlüsse nicht erreicht werden konnten und ein struktureller Rassismus wirksam wird.

Angesichts der verbreiteten Anwerbung von ArbeitsmigrantInnen zu Dumpinglöhnen in Branchen wie Bau oder Gastronomie tritt die DVU eben nicht für den gemeinsamen Kampf aller Lohnabhängigen für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen ein, sondern setzt auf die Ausgrenzung, weitere Entrechtung und Abschiebung dieser Menschen.

Mit der Parole „Hartz-IV-Armut. Oben prassen, unten hungern“ versucht die DVU in Hamburg politisch von der Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die Zerstörung der Sozialversicherungssysteme zu profitieren. Die populistische Anklage des verschwenderischen Auftretens der Reichen hat mit einer politischen Bestimmung der Funktionsprinzipien des Kapitalismus, deren Logik die Hartz-IV-Gesetze folgen, nichts zu tun.





## **Nordamerika gilt den FaschistInnen nicht nur als „Hort des Multikulturalismus“, unverzeihlich ist für sie auch, dass der Kriegseintritt der USA im Ersten und im Zweiten Weltkrieg maßgeblich dazu beigetragen hat, den Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht zu verhindern und die imperialistischen Ansprüche zu erschüttern.**

Die DVU bekennt sich zur Marktwirtschaft und fordert daher Steuererleichterungen für Klein- und Mittelunternehmen; beklagt wird von den FaschistInnen ohnehin nur die Armut derer, die sie als „Deutsche“ bezeichnen.

Schließlich stellt die DVU als vierte Forderung im Hamburger Wahlkampf „Geld für Deutsche statt Bundeswehr im Ausland“ auf. Eine solche Parole als Friedenspolitik zu interpretieren, wäre jedoch völlig falsch.

Die FaschistInnen lehnen die Auslandseinsätze der Bundeswehr ab, weil sie angeblich nicht den „deutschen Interessen“ entsprechen. Auf der Grundlage ihrer nationalistischen Vorstellungen ist jede Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in internationale Organisationen wie die EU, die NATO oder die UNO abzulehnen, da deutsche PolitikerInnen dann nicht mehr frei über Krieg und Frieden entscheiden könnten.

Hier wird so getan, als sei Deutschland ein bedeutungsloser Faktor in der Weltpolitik, den Entscheidungen anderer Staaten und Machtgruppen komplett ausgeliefert. Als ein ermutigendes Zeichen „deutscher Selbstbestimmung“ wurde in der NZ denn auch das Nein der Regierung Schröder zur Beteiligung am Krieg gegen den Irak gewertet.

Die Ablehnung der gegenwärtigen Auslandseinsätze der Bundeswehr sind dem Antiamerikanismus der DVU geschuldet. Nordamerika gilt den Faschisten nicht nur als „Hort des Multikulturalismus“, unverzeihlich ist für sie auch, dass der Kriegseintritt der USA im Ersten und im Zweiten Weltkrieg maßgeblich dazu beigetragen hat, den Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht zu verhindern und die imperialistischen Ansprüche zu erschüttern.

Und auch in der Gegenwart werden vor allem die USA dafür verantwortlich gemacht, dass sich angeblich kein starkes Europa unter deutsch-russischer Führung formieren könne.

Wenn in der NZ ein „Ende der Diskriminierung Deutschlands“ gefordert wird, so geht es dabei um zusätzlichen Einfluss durch einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat (inklusive Vetorecht) und um die Verfügungsgewalt über Atomwaffen.

Offen tritt die DVU im Parteiprogramm dafür ein, dass Deutschland sich auch noch die ehemaligen deutschen Ostgebiete aneignet, die aufgrund des faschistischen Angriffskrieges heute zu Polen und Russland gehören. Dieses revanchistische Programm verbirgt sich hinter wohlklingenden Formulierungen wie dem „Recht auf Selbstbestimmung in gerechten Grenzen“ (PP). Verfolgt man die Berichte in der NZ, so sind die Ziele freilich weiter gesteckt.

Unter der Maßgabe, das „Recht auf das angestammte Land“ (PP) zu verwirklichen, wird auch munter der „Stärkung des deutschen Volkstums“ im französischen Elsass, im italienischen Südtirol, dem belgischen Eupen/Malmedy und dem dänischen Nordschleswig das Wort geredet.

Würde im Sinne der DVU dem „völkischen Nationalismus“ in Europa Geltung verschafft, so würde Belgien in zwei selbstständige Staaten zerfallen, Großbritannien in vier, Frankreich und Spanien würden ebenfalls zerlegt.

Über entsprechende Tendenzen und Bewegungen national(istisch)er Unabhängigkeit berichtet die NZ bei jeder sich bietenden Gelegenheit voller Genugtuung. Denn im Ergebnis stünde ein vergrößertes und mit den geforderten militärischen Machtmitteln ausgestattetes Großdeutschland deutlich kleineren europäischen Staaten gegenüber – die Vorherrschaft Deutschlands wäre gesichert.

Dass bei diesem Programm Erinnerungen an das Expansionsprogramm des deutschen Imperialismus und die Ermordung der europäischen Juden auftauchen, ist kein Zufall. Die DVU leugnet und verharmlost diese Verbrechen systematisch und verherrlicht viele derjenigen, die an dieser Politik maßgeblich beteiligt waren.



Plakat der DVU zur Bürgerschaftswahl 2008

### **Fortsetzung** >>Am 22.01.05

wird der Briefkasten eines Antifaschisten mit einem Sprengsatz zerstört. Zuvor war er bereits mehrfach im Internet und durch Farbschmierereien bedroht worden.>>

>>Am 05.02.2005 steht ein NPD-Infostand in der Harburger Fußgängerzone. Nach einer antifaschistischen Demonstration kommt es zu Auseinandersetzungen mit den Neonazis, die teilweise Schlagstöcke am Stand bereitliegen hatten.>>

## **Das in der NZ verbreitete Bild vom „antideutschen Juden“ und den „jüdische Interessen“ verfolgenden deutschen PolitikerInnen ähnelt mit seiner Diffamierung auffällig der Agitation der NSDAP in der Weimarer Republik, die als „Judenrepublik“ beschimpft wurde.**

Insbesondere Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS werden in der NZ als Helden verehrt; so etwa Eduard Dietl, einer der „Durchhaltegeneräle“ Hitlers, der bis zum Schluss fanatischer Nazi war. In den letzten Jahren hat die NZ – im Einklang mit neonazistischen Gruppen – Solidarität für den wegen Kriegsverbrechen in Italien verurteilten Erich Priebke eingefordert.

Als die DVU nach der Bürgerschaftswahl 1997 in einigen Hamburger Bezirken mit Abgeordneten vertreten war, behauptete sie anlässlich der in Hamburg gezeigten Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“, die deutschen Soldaten hätten sich „in jeder Hinsicht anständig und pflichtbewusst“ verhalten. Auch dies ist eine Art, die Verbrechen und die Beteiligung an solchen zu leugnen.

Im DVU-Parteiprogramm wird das Vernichtungs- und Mordprogramm des deutschen Faschismus als „Unrecht“ bezeichnet; deutlich schärfere Worte („schwere Kriegsverbrechen“) findet die Partei für das Vorgehen der Alliierten. In der NZ finden sich denn auch Jahr um Jahr Berichte über deren angebliche Verbrechen an Deutschen. Häufig bemühen sich die Faschisten auch darum, den Begriff „Holocaust“ mit den Kriegshandlungen der Alliierten in Verbindung zu bringen.

So wird die Bombardierung deutscher Städte, von der sich die Alliierten neben der Zerstörung kriegswichtiger Industrieanlagen auch die Demoralisierung der deutschen Bevölkerung und damit ein rascheres Kriegsende versprochen, mit der systematischen Ermordung des europäischen Judentums gleichgesetzt. Auch mit der immer wieder vorgebrachten Behauptung, dass „die Juden“ Deutschland bereits 1933 den Krieg erklärt hätten, versuchen die FaschistInnen, diesen Massenmord als Kriegshandlung zu verharmlosen.

Zahlreich sind die Formen, in denen sich in der NZ antisemitische Äußerungen finden. Die Vorstellung, „die Juden“ seien eine besonders einflussreiche Gruppe, die den Lauf der Welt kontrollieren würde, entstammt Verschwörungstheorien.

Schon der Begriff des „Weltjudentums“ erweckt den falschen Eindruck, dass es sich um eine einheitlich denkende und weltumspannend tätige Gruppe handeln würde. In der NZ wird anhand zahlreicher Beispiele unterstellt, PolitikerInnen aus den USA und aus Deutschland seien „den Juden“ hörig und würden als deren ErfüllungsgehilffInnen wirken.

Überall wittert die NZ angeblichen jüdischen Einfluss; so auch beim aktuellen Bürgermeisterkandidat der SPD, Michael Naumann, den in den Augen der NZ seine entfernten familiären Beziehungen zum Bankhaus Warburg verdächtig machen.

Obwohl „die Juden“ nicht einmal erreichen konnten, dass die Alliierten während des Zweiten Weltkriegs die Gleise zu den Vernichtungslagern bombardierten, fantasiert die NZ von der Kontrolle der US-amerikanischen Politik durch Juden in Vergangenheit und Gegenwart.

Das in der NZ verbreitete Bild vom „antideutschen Juden“ und den „jüdische Interessen“ verfolgenden deutschen PolitikerInnen ähnelt mit seiner Diffamierung auffällig der Agitation der NSDAP in der Weimarer Republik, die als „Judenrepublik“ beschimpft wurde.

Auch das antisemitische Stereotyp der „geldgierigen Juden“ findet sich an vielen Stellen in der NZ; diese wurden in manchen Beiträgen gar für die anhaltend schwache Wirtschaftsstruktur in beträchtlichen Teilen Ostdeutschlands verantwortlich gemacht.



DVU-Vorsitzender Gerhard Frey (li) mit Udo Voigt (Vorsitzender der NPD, mi) und Holger Apfel (Stellvertretender Vorsitzender der NPD - MdL Sachsen, re) bei einer Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Februar 2005



## ... dann könnte man auch wieder ungestraft „Kauft nicht bei Juden“ sagen und schreiben

Schließlich wird in unzähligen NZ-Artikeln, die den israelisch-palästinensischen Konflikt betreffen, über angebliche oder tatsächliche Menschenrechtsverletzungen durch die israelische Armee berichtet.

Grundlage der Berichterstattung ist freilich keineswegs die generelle Sorge um die Einhaltung von Menschenrechten und humanitären Konventionen, denn Verbrechen, die von palästinensischen oder iranischen Akteuren begangen werden, werden verschwiegen oder bagatellisiert. Vielmehr dienen die Vergleiche zwischen der israelischen Staatspolitik und den NS-Verbrechen der Verharmlosung Letzterer.

Im Bereich der sogenannten „inneren Sicherheit“ fordert die DVU eine Aufrüstung der Polizei und ein schärferes Vorgehen gegen linke DemonstrantInnen.

Zahlreiche Artikel in der NZ haben in jüngster Zeit die ausufernde staatliche Überwachung problematisiert. Dass sich die DVU dabei als Hüterin der Meinungsfreiheit aufspielt, hat jedoch vor allem damit zu tun, dass das Strafrecht in der Bundesrepublik Deutschland Volksverhetzung unter Strafe stellt und zahlreiche FaschistInnen wegen Verstößen gegen diesen Paragraphen verurteilt wurden.

Als Ausdruck von mehr Meinungsfreiheit soll – so die DVU – dieser § 130 gestrichen werden; dann könnte man auch wieder ungestraft „Kauft nicht bei Juden“ sagen und schreiben. Ist es das, was die DVU will? Mit einschlägigen Schlagzeilen und den Solidaritätsbekundungen zu und Lobpreisungen von Holocaustleugnern wie David Irving hat sich die NZ jedenfalls deutlich aufgestellt.

Die im Parteiprogramm recht allgemein formulierten und in der NZ auf aktuelle Gegenwartsfragen angewandten politischen Positionen der DVU weisen diese als faschistische Partei aus, die auf der Grundlage des völkischen Nationalismus ganze Bevölkerungsgruppen systematisch diskriminiert, einen deutschen Machtstaat anstrebt, antiamerikanische und antisemitische Verschwörungsideen verbreitet und die Verbrechen des Nationalsozialismus verharmlost.

Dies bedeutet starke Überschneidungen mit der Ideologie der NPD. Unterschiede gibt es insbesondere hinsichtlich der Art der Selbstdarstellung und -inszenierung: Während sich die NPD radikal und „systemopositionell“ gibt, bemüht sich die DVU deutlich um ein „bürgerliches“ Profil.<<



Transparent bei einer Nazi-Demonstration in Wandsbek im Oktober 2006; ZoG steht für Zionist occupied Government, d.h. für eine scheinbare „jüdische Weltverschörung“



### Fortsetzung

>>Am 05.03.2005 besuchen rund 400 Neonazis ein RechtsRock-Konzert in HH-Mariental. Zuvor war das Konzert bei der Polizei angemeldet und genehmigt worden. Trotz der engen Verbindung der auftretenden Bands mit dem verbotenen *Blood & Honour* Netzwerk verbieten die Behörden das Konzert nicht.>>

>>Am 12.04.2005 „besuchen“ rund 30 Personen aus der rechten Szene eine Infoveranstaltung verschiedener linker Gruppen in der Aula einer Harburger Schule. Nachdem mehrere AntifaschistInnen alarmiert worden und zur Hilfe geeilt waren, sicherte die Polizei die Abfahrt der Neonazis.>>

## Die NPD auf dem Weg in den „Reichstag“?

**Im Mai 2006** veröffentlichte der NPD-Funktionär Jürgen Gansel in der Parteizeitung *Deutsche Stimme* einen Beitrag unter der Überschrift „Der Marsch in die Mitte des Volkes. Die Nationalisierung der sozialen Frage verändert das gesellschaftliche Klima“.

Auch wenn die darin geäußerte Behauptung, dass in einigen Regionen der früheren DDR „Nationalisten mit völkisch aufgeladenen Sozialthemen bereits die Meinungsführerschaft errungen“ haben und dabei sind, eine „nationale Dominanzkultur“ zu errichten, übertrieben ist, so macht der Beitrag doch dreierlei deutlich:

Erstens greifen die FaschistInnen ganz bewusst die Sorgen der Menschen hinsichtlich Arbeitslosigkeit, Armut und Zukunftsangst auf und versuchen, diese nationalistisch und rassistisch zu wenden. Die zwischen Arbeit und Kapital stattfindenden Auseinandersetzungen bezüglich Lohn, Arbeitszeit und sozialer Absicherung sollen aufgegeben werden; stattdessen will die NPD die Konfrontation

zwischen den Gruppen der Bevölkerung, aus Sicht der FaschistInnen zwischen „Deutschen“ und „Ausländern“. Nach Ansicht der Neonazis soll ein „deutscher“ Arbeiter mit seinem Boss mehr gemeinsam haben als mit seinem zugewanderten Kollegen in derselben Abteilung.

Zweitens wird deutlich, dass es den Faschisten derzeit vor allem darum geht, sich politisch zu verankern, das heißt, die „Herzen und Hirne“ der Menschen zu erobern. Deshalb geben sie sich auch in den Wahlkämpfen gern seriös, bürgernah und verbindlich. Aggressiver Rassismus, Antisemitismus und Großdeutschlandfantasien werden bevorzugt in den eigenen Kreisen verbreitet.

Drittens zeigt der Beitrag das Selbstbewusstsein dieser Partei, denn als nächstes Etappenziel wird der Einzug der Neonazis in den „Reichstag“ angepeilt. Im Unterschied zu den 1960er-Jahren, als sich die NPD um Absprachen und Bündnisse mit der CDU bemühte, inszenieren sich die Faschisten heute als „Systemopposition“.

Mit dem Einzug der NPD in die Landtage von Sachsen (2004) und Mecklenburg-Vorpommern (2006) verfügt die Partei nun über einen – aus Steuergeldern bezahlten – erweiterten Stab von MitarbeiterInnen, über eine verbesserte Infrastruktur, über Zugang zu Informationen und finanziellen Ressourcen.

Die Parlamentsfraktionen veröffentlichen zahlreiche Broschüren und regelmäßige Mitteilungsblätter, die NPD-Landtagsabgeordneten unterhalten „Bürgerbüros“, und verschiedentlich engagieren sich NPD-Faschisten in Bürgerinitiativen gegen Umwelterstörung oder Schulschließungen.

Das Ziel ist, einmalige WählerInnen zu dauerhaften SympathisantInnen oder gar zu Mitgliedern zu machen. Positiv stimmten die FaschistInnen dabei das Scheitern des Verbotsverfahrens gegen die NPD und die Tatsache, dass offenbar auch öffentlich dokumentiertes gewalttätiges Vorgehen von NPD-KandidatInnen einen Teil der Bevölkerung nicht davon abhält, den FaschistInnen ihre Stimme zu geben.

Für die Wahlerfolge der NPD (und der DVU in Brandenburg und Bremen) gibt es ein Ursachenbündel, das einerseits auf der gesellschaftlichen Lage (ökonomisch vernachlässigte Landstriche, soziale Perspektivlosigkeit, Alltagsrassismus), andererseits auf der Strategie der NPD gründet. Die Partei hat sowohl mit der DVU als auch mit den sogenannten FK ein Abkommen geschlossen.

Bei der DVU geht es mit dem „Deutschlandpakt“ um die Aufteilung der Kandidaturen zu den Wahlen (Länder, Bund, Europa); bei den FK geht es um deren Beteiligung an den Wahlkämpfen der NPD, das heißt um die Verteilung von Propagandamaterial und das Aufhängen von Plakaten.

In Mecklenburg-Vorpommern sind im Gegenzug auch Kader der FK auf der NPD-Liste in den Landtag eingezogen.

Zwar gibt es gelegentlich Kontroversen zwischen der NPD und den FK über Fragen des taktischen Auftretens; einig ist man sich jedoch in der aggressiven Bekämpfung des „politischen Gegners“ und der Bezugnahme auf Ideengebeter und Konzepte des historischen Faschismus. Und für die NPD stellt die von den FK geschaffene neonazistische Subkultur ein wichtiges Mobilisierungspotenzial dar.

Bereits der erste Aufschwung der NPD war in Teilen auf eine gesellschaftliche Krisensituation zurückzuführen. Nach ihrer Gründung als extrem rechte Sammlungsbewegung im Jahr 1964 konnte die NPD rasch in mehreren Bundesländern Wahlerfolge erringen; doch der von der Partei und vielen BeobachterInnen erwartete Einzug in den Bundestag scheiterte 1969 und stürzte die NPD in eine schwere Krise.



**oben** NPD-Transparent bei einer Nazi-Demonstration in Wandsbek im Oktober 2006  
**links** Udo Voigt, der Bundesvorsitzende der NPD bei einer Nazi-Gedenkveranstaltung in Dresden im Februar 2005

In den 1970er-Jahren spaltete sich die extreme Rechte in verschiedene Strömungen auf. Sieht man von vereinzelt Wahlserfolgen auf kommunaler Ebene ab, rutschte die NPD bis Anfang der 1990er-Jahre in die Bedeutungslosigkeit ab. Von den ursprünglich 30.000 Mitgliedern (1967) blieben nur 4.000 übrig.

Erst mit dem Wechsel der Parteiführung vom Holocaustleugner Günter Deckert zum ehemaligen Bundeswehroffizier Udo Voigt 1996 wurde ein Grundstein zum Wiederaufstieg der NPD gelegt.

Voigt öffnete die Partei für jüngere Neonazis, darunter auch jene, die nach dem Verbot einer Reihe ihrer Organisationen in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre eine neue Organisation suchten. Mit dem 3-Säulen-Konzept wurde ein Ansatz entwickelt, der den „Kampf um die Straße“ mit dem „Kampf um die Köpfe“ und dem „Kampf um die Parlamente“ verbindet.

Insbesondere die Berücksichtigung jugendkultureller Angebote („RechtsRock“) und die Erweiterung der Aktionspalette um Aufmärsche führten dazu, dass auch wieder junge Neonazis den Weg in die Partei fanden.

Zum Teil ergaben sich daraus auch Verbindungen zwischen der NPD und Neonazigruppen, die Waffen vorrätig hatten und Gewalttaten begingen. Dies gilt besonders für die Gruppe *Skinheads Sächsische Schweiz*, die vom Innenministerium verboten und gerichtlich als kriminelle Vereinigung eingestuft wurde.

Das Anfang 2001 gegen die NPD eingeleitete Verbotsverfahren führte zu einem etwas vorsichtigeren öffentlichen Auftreten der Partei und leichten Mitgliederverlusten. Mit dem Scheitern des Verfahrens im März 2003 und mit den Wahlerfolgen hat sich die Partei zu einem Magneten für weite Teile der extremen Rechten entwickelt.

Übertritte ganzer Gruppen aus der Partei *Die Republikaner*; der Wechsel von *Kameradschaften* zu Gruppen der *Jungen Nationaldemokraten* (JN) und die Bündnisse der NPD mit der DVU einerseits und den FK andererseits markieren die gewachsene Bedeutung der NPD.

Diese verfügt inzwischen wieder über eine von mehreren hauptamtlichen Redakteuren gemachte Parteipresse (*Deutsche Stimme*), eine laufend aktualisierte Internetpräsenz, eine steigende Mitgliederzahl (mehr als 7.000), eine ausgebaute Kampagnenfähigkeit und eine Infrastruktur, zu der neben einem Netzwerk von RechtsanwältInnen auch Immobilien gehören.

Über den NPD-nahen *Deutsche Stimme Verlag* werden auch RechtsRock-CDs in hoher Zahl vertrieben. Zudem bemüht sich die Partei in jüngster Zeit um die Stärkung der JN und – mit der Gründung des *Ringes Nationaler Frauen* (RNF) – um eine gezielte Anwerbung von Frauen. International unterhält die Partei zahlreiche Kontakte zu anderen neonazistischen Organisationen in Europa.

Auch wenn die Parteitätigkeit immer wieder von internen Streitereien, Konkurrenzkämpfen und finanziellen Engpässen beeinträchtigt ist, gelten insbesondere die beiden Parlamentsfraktionen den FaschistInnen als ein Signal dafür, dass sie ihren politischen Einfluss über das bisher bereits erreichte Maß hinaus ausweiten könnten.

Dabei haben sie zunächst die Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen (Ende Januar 2008) im Blick, wo die NPD zumindest eine erhebliche Steigerung des Stimmenanteiles und damit Wahlkampfkostenerstattung in beträchtlicher Höhe erwartet.

In Bayern, wo im Herbst 2008 der Landtag gewählt wird, erhoffen sich die FaschistInnen das seit circa 40 Jahren erstmalige Überspringen der 5-Prozent-Hürde in Westdeutschland. Zwar ist mit der DVU vereinbart, dass diese in Hamburg (Februar 2008), Brandenburg und Thüringen (jeweils 2009) zur Bürgerschafts- bzw. Landtagswahl antreten wird, aber in allen drei Bundesländern ist die NPD in der Fläche besser organisiert und kampagnenfähiger als die DVU.

In vielen Regionen jedenfalls bemüht sich die NPD um eine verstärkte Verankerung vor Ort, weil sie darin einen wichtigen Baustein ihrer langfristig angelegten Strategie sieht. Auch wenn die Zahl der Arbeitslosen zuletzt zurückgegangen ist, hofft die NPD, auch in Zukunft von der sozialen Krise profitieren zu können.

Angesichts der Wahlerfolge der NPD, ihrer zentralen Bedeutung für die derzeitige Entwicklung des Neofaschismus in Deutschland und der von ihr verbreiteten rassistischen und antisemitischen Propaganda ist es für alle antifaschistischen Kräfte höchste Zeit, der NPD mit einem abgestimmten Konzept bundesweit entgegenzutreten; dabei sollten politisch-aufklärerische Elemente ebenso berücksichtigt werden wie Maßnahmen die das öffentliche Auftreten der Faschisten praktisch einschränken.<<

Hamburger Nazi-Aktivistin aus dem Umfeld Freier Kameradschaften und der NPD bei einer Demonstration in Wandsbek am 14. Oktober 2006



**Fortsetzung** >>Am 22.04.2005 veranstaltet der Hamburger Waffening, ein Zusammenschluss verschiedener rechter und extrem rechter Studentenverbindungen, einen „Festkommers“ unter dem Titel „750 Jahre Königsberg“. Gastredner ist der Brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm. Dieser sagt trotz zahlreicher Proteste seinen Besuch nicht ab und die Veranstaltung findet unter Polizeischutz und nach Ausschluss einiger kritischer JournalistInnen im Uni-Viertel statt.>>

>>Im Mai 2005 eröffnet der Klamottenladen „Elite Style“ in der Talstraße auf St. Pauli. Verkauft werden u.a. Bekleidungsmarken aus der rechten Szene. In der Folgezeit gehen von diesem Laden zahlreiche Attacken gegen alternative und linke Jugendliche aus.>>

>>Am 12.06.2005 wird ein Afrikaner als „Scheißneger“ bezeichnet, den „man vergasen sollte“. Anschließend attackieren ihn die zwei Gewalttäter und verletzen ihn.>>

## Der zweite Frühling der Hamburger NPD

### Noch vor 5 Jahren war die Hamburger Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) eine stark überalterte, lahme Truppe.

Sie wurde seit 1990 ununterbrochen von dem ehemaligen Wehrmachtssoldaten und Vertriebenen Ulrich Harder geführt, der schon 1982 den Vorsitz der NPD-Tarnorganisation *Hamburger Liste Ausländerstopp* innehatte. Sie trat öffentlich kaum in Erscheinung, mied bis auf Ausnahmen die Zusammenarbeit mit den FK, dümpelte mit der Mitgliederzahl bei unter 100 und erreichte bei der Bürgerschaftswahl 2002 0,2 %.

Auch im Vergleich zu anderen Wahlparteien der extremen Rechten wie der DVU und REPs, hatten die Nationaldemokraten kaum Bedeutung

Anfang 2003 scheiterte das Verbot der NPD, obwohl alle bürgerlichen Parteien außer der FDP es gefordert hatten, an der engen Verstrickung der deutschen Geheimdienste mit dem Führungskader der NPD. Dies verstanden die NationaldemokratInnen und ihre Verbündeten zu Recht als Persilschein, und bundesweit wurde der Mitgliederschwund gestoppt. In Hamburg ließ Harder im gleichen Jahr eine zögerliche Öffnung der Partei für Kader der FK zu, nachdem es in der Vergangenheit sogar Unvereinbarkeitsbeschlüsse mit einigen Militanten gegeben hatte. Ausdruck des neuen Kurses war unter anderem im Juli 2003 ein neofaschistischer Aufmarsch des Hamburger Landesverbandes zu „60 Jahre Bombenterror“, der trotz Unterstützung der Bundespartei hauptsächlich von den FK besucht wurde.

Ein weiterer Meilenstein für den Wiederaufstieg der NPD zur wichtigsten neofaschistischen Partei war der Schulterschluss mit der DVU Mitte Januar 2005. Der „Deutschlandpakt“ von NPD und DVU entfaltete eine gewaltige Sogwirkung auf die gesamte neofaschistische Szene in Deutschland, so auch auf die REP.

Schon eine Woche vor dem „Deutschlandpakt“ wurde aus Kreisen der Hamburger REPs das sogenannte „Hamburger Signal“ initiiert. Man rief dazu auf, den „Bruderkampf“ einzustellen und sich dem Deutschlandpakt anzuschließen. Der damalige REP-Landesvorsitzende Thomas Nissen erklärte, „dass die nationalen Kräfte Deutschlands endlich zur Vernunft gekommen sind“, und der hiesige Landesverband der REP wechselte fast geschlossen zur NPD. Der gelernte Kaufmann Nissen wurde dafür zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD Hamburg gekürt.

Die forcierte Kooperation mit den FK äußerte sich 2005 im Bundestagswahlkampf. Viele Kandidaten der Hamburger NPD ließen sich von den FK unterstützen, ließen diese bei Kundgebungen reden, Flugblätter verteilen und plakatieren. Der Favorit der FK, der neonazistische Multifunktionsär und Anwalt Jürgen Rieger, kandidierte auf Platz 1, obwohl er zu dem Zeitpunkt noch nicht Mitglied der NPD war. Die Partei bekam fünfmal so viele Stimmen wie 2002, es war ihr bestes Ergebnis bei Bundestagswahlen seit 1969, circa 10.000 HamburgerInnen wählten neofaschistisch.



### Entthronung des Patriarchen und eine weibliche Landesvorsitzende

Im November 2005 wurden dann „bedeutsame Veränderungen“ im Landesvorstand der Hamburger Nationaldemokraten beschlossen. Ulrich Harder, erklärter Gegner der FK, wurde abgewählt und durch die erst 34-jährige Lehrerin Anja Zysk ersetzt.

Über die Transformierung der Altmännerpartei, die sich verzagt in Hinterzimmern trifft, schrieb sie: „Wir konnten unseren Landesvorstand personell und intellektuell erweitern und enorm verjüngen. Neben langjährigen NPD-Funktionären sind dort auch ehemalige REPs und Vertreter der freien Kräfte eingebunden.“ Diese Entwicklung hat sich in den letzten Jahren konsequent fortgesetzt, diverse *Freie Nationalisten* wechselten inzwischen zur Hamburger NPD.

Für gut ein Jahr stellte Zysk als bundesweit einzige weibliche Landesvorsitzende eine Besonderheit in der deutlich männlich dominierten NPD dar. Sie brach gleich mehrfach herkömmliche Klischees vom männlich-harten, ungebildeten und unkultivierten Neonazi mit Glatze und Springerstiefeln und vom ewiggestrigen, verknöcherten Rentner, der in der NPD noch immer vom Dritten Reich träumt.



oben NPD-Aufmarsch zu "60 Jahre Bombenterror" im Juli 2003 in Hamburg  
links Ulrich Harder - langjähriger ehemaliger NPD-Chef in Hamburg



Zysk ist jung, engagiert, bürgerlich-modern gekleidet, hat studiert und wirkt in ihrem Auftreten seriös, selbstsicher und unabhängig von ihren männlichen Kameraden. Sie entspricht weder dem herkömmlichen Bild des langberockten, blondköpfigen BDM-Mädels, das seine Aufgabe in Mutterschaft und Küche sieht, noch dem der subkulturell geprägten (Skinhead-)Reenies, die bloßes Anhängsel eines männlichen Neonazis sind.

Zysk versuchte in ihrer gut einjährigen Amtszeit gezielt, rechte Frauen für die Partei zu gewinnen, und beteiligte sich an der Profilierung einer neofaschistischen Frauenpolitik in der NPD. In dem programmatischen Artikel „Die NPD ist keine Männerpartei“ kritisierte die frischgebackene Landesvorsitzende, dass zwar ein Drittel Frauen die Partei wählen würden, sie in leitenden Funktionen aber unterrepräsentiert seien. Durch gezielte Ansprache und Förderung von Frauen, wie zum Beispiel durch die Hamburger Untergruppe *Frauen in der NPD*, wollte Zysk diesem Manko begegnen. Bundesweit ist eine Zunahme neofaschistisch orientierter Frauen zu beobachten, und mit dem *Ring Nationaler Frauen* (RNF) gibt es inzwischen eine bundesweite Unterorganisation. Im Februar 2007 wurde Anja Zysk abgewählt, weil sie zwar mit den radikalen Kräften sympathisierte, sich jedoch nicht zu deren willenlosem Instrument machen ließ.

## Nach einer Schlammschlacht ...

Schon länger planten ehemalige Kader aus der verbotenen Kameradschaft *Hamburger Sturm* (HS) bzw. dem *Aktionsbüro Norddeutschland* (AB Nord) in Zusammenarbeit mit dem schon 2004 in die NPD eingetretenen Naziführer Thomas Wulff die Absetzung von Zysk und ihre Ersetzung durch Strippenzieher Jürgen Rieger. Zysk schrieb, dass Anhänger des wegen Volksverhetzung verurteilten Wulff ihr dies schon Anfang 2006, als Rieger noch parteilos war, mitgeteilt hätten. Ende 2006 hätten mehrere Vorstandsmitglieder, darunter Thorsten de Vries (AB Nord und Ex-HS), mit „massiven Drohungen und einer beispiellosen Mobbingkampagne“ versucht, sie an „öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten“ zu hindern. Der vorbestrafte de Vries war der Wortführer gegen Anja Zysk und ihre Fraktion. Schon Ende 2006 war er mitverantwortlich für massive Anschuldigungen gegen den Zysk-Gefolgsmann Martin Dembowski, den ehemaligen Kreisvorsitzenden in Harburg und ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der Hamburger NPD. Über das AB Nord wurde Dembowski beschuldigt, der Freimaurersekte *Thelema Society* anzugehören und satanische und kabbalistische Riten zu praktizieren. Er wurde unter Androhung von Gewalt aufgefordert, die NPD zu verlassen. Dembowski hatte die Vorwürfe bestritten und „gegen alle involvierten Personen Strafantrag gestellt.“

Im Januar 2007 erstattete Frau Zysk ebenfalls Strafanzeige gegen de Vries wegen Bedrohung, Beleidigung und auch wegen Verwendung nationalsozialistischer Grußformeln und beantragte den Parteiausschluss. De Vries hatte die Vorsitzende in E-Mails als „mosaische Levantiner-Hexe“ und „anscheinend psychisch Kranke“ bezeichnet und gedroht, er „würde die Alte sofort an die Wand stellen“. Unterstützung für seine Angriffe suchte er bei Torben Klebe und Tobias Thiessen, beide vom AB Nord und Ex-HSler, die wohl auch 2006 in die Hamburger NPD eingetreten sind.

## ... eine weitere Radikalisierung

Am 25. Februar 2007 wurde der Blankeneser Rassist Jürgen Rieger mit 18 Stimmen bei einem geheimen Landesparteitag der NPD Hamburg zum neuen Vorsitzenden gewählt. Die vorherige Landesvorsitzende Anja Zysk konnte nur 3 Stimmen für sich verbuchen. Dem Landesvorstand gehören laut dem neonazistischen *Aktionsbüro Nord* nun weder der ‚gemäßigte‘ langjährige Altvorsitzende Ulrich Harder noch der Ex-Republikaner und Zysk-Gefolgsmann Matthias Faust an. Es wurden aber viele andere der vorherigen Vorstandsmitglieder, die den FK nahestehen, in ihrem Amt wiedergewählt. Damit ist der „Altherrenflügel“ um Harder erheblich geschwächt worden, Anja Zysk trat frustriert aus der Partei aus, und die neonazistischen Kräfte in der Hamburger NPD haben sich endgültig durchgesetzt. So frohlockt das AB Nord auch: „Mit der Wahl von Kamerad Jürgen Rieger zum Landesvorsitzenden dürfte zweifellos eine erheblich konstruktivere Zusammenarbeit zwischen der Hamburger NPD-Führung und den freien Nationalisten in der Hansestadt gewährleistet sein.“



oben Jürgen Rieger und Thomas Wulff beim Wahlkampf der NPD 2005 in Hamburg

links Anja Zysk - bis Februar 2007 NPD-Landesvorsitzende

## Fortsetzung

>>Am 17.06.2005 demonstrieren rund 80

Neonazis in HH-Schnelsen „gegen Kinderschänder“. Die Polizei setzt den Aufmarsch gegen den Protest von über 300 AnwohnerInnen brutal durch und verletzt einen 20-jährigen Afghanen.>>

>>Am 02.07.2005 demonstrieren die Neonazis unter ähnlichem Motto erneut in HH-Eidelstedt. 1000 Gegen-demonstrantInnen setzen ein Zeichen gegen die ca. 120 Neonazis.>>

>>Am 30.07.2005 versammeln sich ca. 150 Neonazis zu einem „Schweigemarsch“ mit Bezug zur Bombardierung Hamburgs durch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg.>>

## Hamburger Nationaldemokraten 2007

Multifunktionär Rieger erklärte nach der Niederlage seiner Kritiker: „Das, was ich mit meiner Kandidatur bezweckt hatte, nämlich eine allseits akzeptierte Führungsspitze und Geschlossenheit in Hamburg wiederzubekommen, wurde mithin erreicht.“ Zysk wertete dies in ihrer Austrittserklärung jedoch als „Intrigantentum, Verbonzung und Korruption ... von bezahlten Berufsnationalisten“ und bemängelte fehlende innerparteiliche Demokratie und Solidarität. Die NPD sei ein „Sammelbecken von intellektuell und moralisch Minderwertigen“; mit „Samenbank-Rieger und seinem dem angelsächsischen Lumpenproletariat nachziehenden Szenepöbel“ wolle sie nicht länger ihre Zeit verschwenden.

Multimillionär Rieger ist seit Ende 2006 auch im Bundesvorstand der NPD und dort zuständig für Außenpolitik und Finanzbeschaffung; er ist jedoch nicht unumstritten. Einerseits ist seine offene NS-apologetische Rhetorik eine Belastung für das gewollt „bürgerliche“ Image der Partei, andererseits ist die hoch verschuldete NPD dringend auf Rieger angewiesen.

Im September 2007 wurde jedoch von der Mannheimer Staatsanwaltschaft Anklage gegen Jürgen Rieger wegen Volksverhetzung in neun Fällen erhoben. Darüber hinaus wird geprüft, ob ihm die Zulassung als Anwalt entzogen werden kann. Eventuell bekommt Riegers Parteikarriere nun frühzeitig einen Knick.

Der 61-jährige, mehrfach verurteilte neue Landesvorsitzende will „Überfremdung“ und Globalisierungskritik von rechts zum Thema machen und propagiert „verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliederwerbung in Hamburg.“ Rieger zur Seite steht als Stellvertreter Dr. Karl-Heinrich Göbel aus Wandsbek. Der Mitfünfziger, Doktor der Orientalistik und Kaufmann, nahm im November 2006 an der gewalttätigen Störung einer Veranstaltung der DGB-Jugend in Wandsbek teil und hat seit Jahren gute Kontakte zur militanten Naziszene. Außerdem gehören dem neuen Landesvorstand Anhänger der beiden neonazistisch geprägten Hamburger Kameradschaften an, aber auch bisher unbekannte Personen wie die Kasenwartin Andrea Schwarz.

Weniger Aufmärsche und Kundgebungen, mehr Propaganda und Infostände – auf diese Formel brachte es Rieger in seiner Antrittserklärung. Mittlerweile gibt es in Hamburg durchschnittlich alle 14 Tage einen Infostand der Hamburger NPD oder der mit ihr verbündeten FK.

Nachdem man unter Zysk mit dem Einzug in innenstadtnahe und alternativ geprägte Stadtteile am antifaschistischen Widerstand scheiterte, konzentriert man sich jetzt auf die Randgebiete. In den Bezirken Bergedorf und Wandsbek treten die NPD und ihr Umfeld regelmäßig mit Propagandaaktionen auf, in anderen Bezirken ist es dagegen seit Längerem ruhig.

Inaktivität in einigen Gliederungen lässt auch Rieger durchblicken, wenn er schreibt: „Da bislang nur einige Kreisverbände eine regelmäßige Vortragstätigkeit in ihren Kreisen durchführen, werde ich durchschnittlich vierteljährlich für alle Mitglieder des Landesverbandes Vorträge organisieren.“ Von häufigeren Aufmärschen, die immer nur wenige, notorische Nazis mobilisieren und breiten und energischen Widerstand provozieren, hat Strategie Rieger auch abgesehen; der nächste ist erst für den 1. Mai 2008 unter dem demagogischen Motto „Arbeit und soziale Gerechtigkeit – gemeinsam gegen Globalisierung“ geplant.

Häufiger finden in Hamburg an geheimen Orten Veranstaltungen des Landesverbandes der NPD statt. Einer dieser Orte war bis zum Frühjahr 2006 die Gaststätte im „Alten Stellingerrathaus“, direkt unterhalb des Stellingerrathausamtes und neben der örtlichen Revierwache. Die Veranstaltungen dienen der Festigung der Partei (Kampf um den organisierten Willen), der Schulung in der neofaschistischen Ideologie (Kampf um die Köpfe), der Organisation der politischen Mobilisierung (Kampf um die Straße), aber auch der kulturellen Erbauung durch Liedermacher usw. Innerhalb der letzten Jahre kamen dazu extra verschiedene neofaschistische Agitatoren aus dem Bundesvorstand und aus der sächsischen Landtagsfraktion der NPD nach Hamburg. Aber auch Neonazis aus Hamburg, wie der radikale Antisemit Dr. Reinhold Oberlercher und der wegen Holocaustleugnung verurteilte Klaus Kaping, referierten bei der NPD.



**ganz links** Antifaschistische Demonstration im Juli 2007 zu Riegers Anwaltsbüro in Blankenese  
**links** Karl-Heinrich Göbel - stellvertretender Landesvorsitzender der NPD



Auf dem Friedhof Ohlsdorf veranstalten NPD, DVU und FK mittlerweile mehrmals jährlich schaurige Totengedenken. Ende Juli gedenken sie mit Kranzniederlegung und Ansprachen der „Opfer des alliierten Bombenterrors“ von 1943 am offiziellen Mahnmal für die Hamburger Bombenopfer. Bis 2006 bediente man sich dazu der *Bürgerinitiative Hamburger Opfer unvergessen* des im Jahr 2007 verstorbenen DVU-Funktionärs Gerhard Teppris.

Zum Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai kommen die Neonazis ebenfalls auf Friedhöfe und begehen den von ihnen so bezeichneten „Tag der Ehre“, an dem Kriegsgräber geputzt werden. Und auch der Volkstrauertag, im Szenejargon „Heldengedenktag“, wird gelegentlich genutzt, um Nazifeierlichkeiten zu veranstalten.

## Ausblick

Laut Verfassungsschutz hatte die NPD in Hamburg Ende 2006 140 Mitglieder, in einem Internetbeitrag vom Januar 2007 gab Christian Worch die Zahl mit 185 an. Auf den ersten Blick nicht viel, jedoch ist die NPD inzwischen eine Kaderpartei mit vielen motivierten Mitgliedern. Die Aktivitäten der Hamburger NPD und der FK werden zunehmen; mit verstärktem Auftreten in der Öffentlichkeit, Infotischen und provokanten Aktionen, aber auch mit Störungen antifaschistischer und linker Veranstaltungen muss gerechnet werden.

Die NPD hat sich in Hamburg als stärkste Organisation der extremen Rechten durchgesetzt. Die REP gibt es nicht mehr, die DVU hat kein funktionierendes Parteileben, und der unabhängige Neonazi Christian Worch kann in Hamburg nur noch wenige *Freie Nationalisten* mobilisieren. Er tritt zwar immer wieder als Kritiker des ‚reaktionären‘ Flügels der NPD auf, hat aber enge Kontakte zum Hamburger Kader und spricht bei Aufmärschen, ungeachtet heftiger verbaler Streitigkeiten, regelmäßig Seite an Seite mit NPD-Funktionären.

Zur Bürgerschaftswahl 2008 tritt die NPD gemäß der bundesweiten Absprachen im „Deutschlandpakt“ mit der DVU nicht an, was sicher Teile der hanseatischen NPD enttäuscht hat. Laut Bundespressesprecher Klaus Beyer wird sie aber die DVU im Wahlkampf unterstützen. Für die bundesweite NPD ist es wichtiger, dass diese Absprache über wechselseitige Kandidaturen von NPD und DVU bei Landtagswahlen bis zur Bundestagswahl 2009 hält.

Strategie Jürgen Rieger hat schon erklärt, dass es sein Ziel ist, in den Reichstag einzuziehen. 2006 soll Rieger ein Darlehen für die NPD gekündigt haben, weil er nicht als mögliches Mitglied der NPD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern vorgesehen war. Es ist denkbar, dass der Millionär die hoch verschuldete NPD saniert, wenn ihm 2009 ein sicherer Listenplatz reserviert wird.

Auch wenn diese Broschüre stärker die neofaschistische Politik der DVU zur Bürgerschaftswahl 2008 thematisiert, bleibt die NPD für alle antifaschistischen Kräfte Hamburgs die größere Herausforderung.<<

## Die NPD hat sich in Hamburg als stärkste Organisation der extremen Rechten durchgesetzt.



NPD-Infotisch im Juli 2000 in Altona

**Fortsetzung** >>31. Juli 2005: Ca. 50 Mitglieder der NPD, DVU und Neofaschisten aus Freien Kameradschaften veranstalten vor Kapelle 13 auf dem Ohlsdorfer Friedhof die jährliche „Gedenkfeier“ anlässlich der alliierten Bombardierung Hamburgs. Redner ist u.a. der NPD-Funktionär Thomas Wulff, im Bundesvorstand zuständig für den Kontakt zwischen NPD und FK.>>

>>Im September 2005 tauchen an Hamburgs Schulen erste Exemplare der sogenannten „Schulhof – CD“ auf. Mit dieser versucht die NPD jüngere Wählerkreise für sich zu gewinnen.>>

>>Am 10.09.2005 beleidigt ein Mann Kunden eines Einkaufszentrums in HH-Eidelstedt und versucht sie mit einer Flasche anzugreifen. Beim Einschreiten der Polizei skandiert er „Heil Hitler“ und zeigt den „Hitlergruß“.>>

# NPD: sozial und antikapitalistisch? – Denkste!

**Am 1. Mai 2008 will die NPD in Hamburg unter dem Motto „Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen! Gemeinsam gegen Globalisierung!“ einen Aufmarsch durchführen.**

Sie setzt damit in der Hansestadt fort, was sie in den letzten Jahren bereits zentral in Berlin oder verteilt auf mehrere Städte praktiziert hat: in provokanter Weise am traditionellen Kampftag der Arbeiterbewegung auf die Straße zu gehen und sich als Vertreterin der „kleinen Leute“ darzustellen.

Die NPD führt immer öfter Aktionen zu „sozialen Fragen“ durch, also zu Themen wie Arbeitslosigkeit, Privatisierung von Unternehmen oder deren Verkauf an internationale Finanzinvestoren.

So fand am 14. Oktober 2006 in der Innenstadt ein Aufmarsch der Hamburger NPD und der Freien Nationalisten unter dem Motto „Nationale Arbeitsplätze statt internationaler Profite“ statt; bei anderer Gelegenheit wurden angesichts von Entlassungen bei einer Hamburger Opel-Filiale bzw. im nahen Ellerau bei der Firma Jil Sander „Mahnwachen“ durchgeführt.

Auch parteiintern befasste sich die NPD mit solchen Fragen: Im Februar 2006 referierte die damalige Landesvorsitzende Anja Zysk zum Thema „Vollbeschäftigung – eine Illusion“; ein andermal stand die wirtschaftliche Situation im Hamburger Hafen, insbesondere die angeordnete Einführung der „Port Package“ und der damit drohende Wegfall von Arbeitsplätzen, im Mittelpunkt.

In ihren Schriften und bei öffentlichen Aktionen tritt die NPD bei der Thematisierung solcher Probleme gerne wortradikal auf.

Es wird gegen das „internationale Kapital“ und die Globalisierung gewettert; es werden Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit gefordert. Manchmal wird auch vom „Sozialismus“ geredet, der angestrebt werde.

Das Ziel des wortradikalen Auftretens benennt die NPD ganz offen: Sie will der politischen und gewerkschaftlichen Linken die „soziale Frage“ abspenstig machen, weil sie sich davon die Gewinnung einer Massenbasis und damit bedeutende Schritte zur Machtergreifung verspricht.

Tatsächlich gibt es angesichts der seit Jahren bestehenden Massenarbeitslosigkeit, des wachsenden Druckes und der Arbeitshetze im Betrieb, der Zerstörung der Sozialversicherungssysteme und der zunehmenden Armut nicht nur bei Kindern viele gute Gründe, gegen die herrschenden Verhältnisse auf die Straße zu gehen. Die Politik der NPD löst diese Probleme jedoch nicht:

Die NPD formuliert in ihren Schriften als ein Ziel die systematische Ausgrenzung von KollegInnen mit Migrationshintergrund. Sie will Millionen von Menschen, die sich unter ähnlich schweren Bedingungen durchs Leben schlagen wie alle anderen Lohnabhängigen, außer Landes schaffen.

Mit Parolen wie „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ betreibt die NPD die Spaltung der Lohnabhängigen, also all jener, die – egal, woher sie einmal gekommen sind oder wo sie geboren wurden – ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um ihre Wohnung, ihre Ernährung, das Auto und auch mal einen Urlaub bezahlen zu können. Diese Spaltung nützt den Unternehmern.

Die NPD will die Arbeitslosigkeit verringern, indem Frauen systematisch aus dem Arbeitsmarkt vertrieben werden; sie sollen sich wieder ganz der Mutterschaft und der Erziehung von Kindern widmen. Dabei behaupten die Faschisten, dass dies den eigentlichen Wünschen und der „natürlichen Bestimmung“ der Frauen entspreche.

Die Forderung der NPD, es sollten mehr Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Frauen geschaffen werden, bedeutet angesichts der niedrigen Löhne in solchen Arbeitsverhältnissen in der Realität die Fortschreibung der Abhängigkeit der Frauen von ihren männlichen Partnern.

Das von der NPD geforderte „Recht auf Arbeit“ soll nur für „Deutsche“ gelten; zu dieser grundlegenden Diskriminierung tritt die NPD-Forderung nach einem Arbeitsdienst, in den Langzeitarbeitslose hineingezwungen werden sollen. Der weltanschauliche Hintergrund dieser Position ist eine Idealisierung von Arbeit. Für die NPD geht es beim Arbeiten nicht darum, den Lebensunterhalt in einer Form zu sichern, die noch möglichst viel Zeit, Kreativität und Gesundheit für ein Leben abseits der Lohnarbeit lässt – für die NPD ist Arbeit Dienst an „Volk“ und „Nation“. Ein besseres Leben verspricht diese Einstellung nicht.



von links 29.01.2005, Kiel · 29.01.2005, Kiel · 23.10.2004, Hannover · 29.01.2005, Kiel rechts Und ebenfalls in Hannover am 23.10.2004: antifaschistische Demonstration

Die NPD fordert zwar Mindestlöhne, macht aber zur Voraussetzung, dass die Unternehmen entsprechende Gewinne erwirtschaften. Eine solche Koppelung der Einkommen an die Situation der Firma liefert die Beschäftigten noch mehr dem Auf und Ab des kapitalistischen Marktes aus. Mit einer Kritik an ihm hat dies nichts zu tun.

Die NPD fordert für Unternehmen Steuerfreiheit für in Deutschland verbleibende Gewinne, die dann für Investitionen und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Verfügung stehen sollen.

Die NPD sagt nicht, wie gewährleistet werden soll, dass aus den Gewinnen tatsächlich auch beschäftigungswirksame Investitionen folgen. Sie befindet sich damit im Einklang mit den Versprechen wirtschaftsliberaler Interessenpolitik.

Die NPD greift die Gewerkschaften an; die Kritik an überzogenen Vorstandsgehältern ist da nur ein Vorwand.

Tatsächlich werden die Gewerkschaften abgelehnt, weil in ihnen die Vorstellung vom Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit noch lebendig ist.

Die von der NPD angestrebte Beseitigung unabhängiger Gewerkschaften würde die Verhandlungsmacht der Unternehmer stärken und den Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen massiv erhöhen.

Sozialpolitisch spricht die NPD ganz in Übereinstimmung mit dem neoliberalen Mainstream davon, dass eine Sozialpolitik nach dem „Traumbild des totalen Wohlfahrtsstaates“ falsch sei. Die NPD will also den Sozialstaat abbauen und von seinen Leistungen die „nichtdeutsche“ Bevölkerung ausschließen.

Es ist wenig Fantasie nötig, um sich vorzustellen, wie die NPD – sofern die Machtverhältnisse dies zuließen – beispielsweise die von den MigrantInnen erworbenen Rentenansprüche konfiszieren würde, um auf diese Weise das Wohl der „nationalen Volksgemeinschaft“ zu finanzieren.

Tatsächlich also gründen die politischen Positionen, die die NPD zu sozialen Fragen wie Arbeitslosigkeit oder Sozialstaat äußert, auf einer grundlegenden Diskriminierung und Entrechtung ganzer Bevölkerungsgruppen und einer an den Interessen der Unternehmen und eines völkisch formierten Staates ausgerichteten Politik.

Dass die NPD dennoch radikale Phrasen gegen die „Globalisierung“ oder den „Kapitalismus“ verbreitet, hängt damit zusammen, dass sie ein ganz eigenes Verständnis dieser beiden Begriffe hat.

Sie führt letztlich beide auf das „Judentum“ zurück. Mal tarnen NPD-Autoren ihre antisemitischen Positionen mit Begriffen wie „internationales Finanzkapital“ oder „Ostküste der USA“, mal reden sie ganz offen – wie die Nazis bis 1945 – vom „raffenden“ und vom „schaffenden Kapital“.

So wie die NPD innenpolitisch den völkischen Nationalismus in aggressiver Weise zum Maßstab der Politik machen will, so soll es auch in den Außenbeziehungen sein.

Für den internationalen Konkurrenzkampf der „deutschen Nation“ will die NPD die Ausrüstung des Landes mit Atomwaffen.

Wenn sich die NPD gelegentlich sogar zur Verwendung des Begriffes „sozialistisch“ versteigt, so hat sie dabei kein Gesellschaftsmodell vor Augen, in dem die Menschen aus Abhängigkeiten und Fesseln befreit sind und in gleichberechtigter Weise miteinander umgehen.

Für die NPD ist „Sozialismus“ schlicht der Gedanke der (Volks-)Gemeinschaft; und diese sieht sie in Familie, Volk und „Rasse“ verwirklicht, die uns allen angeblich biologisch, das heißt von Natur aus, vorgegeben sein sollen.

Das von der NPD bemühte Bild der Gemeinschaft als biologischem Organismus – jedeR hat an ihrem Platz im Sinne des Großen und Ganzen zu funktionieren, und wer dies nicht tut, muss beseitigt werden – hat mit der Emanzipation aller Menschen aus den sie bestimmenden und entwürdigenden gesellschaftlichen Verhältnissen nichts zu tun.

Im Kampf gegen die NPD ist der menschenverachtende Charakter faschistischer Positionen offenzulegen. Eine emanzipatorische Thematisierung der „sozialen Fragen“ von links zieht einen klaren Trennstrich zu (Standort-)Nationalismus, personalisierender und vereinfachender Globalisierungskritik und der Diskriminierung großer Teile der Bevölkerung.<<



**Fortsetzung** >>Am 15.09.2005 veranstaltet die NPD eine Wahlkampfveranstaltung auf dem Gänsemarkt. Hauptredner ist Jürgen Rieger.>>

>>Am 15.10.2005 findet wieder einmal ein RechtsRock-Konzert in Hamburg statt. 400 Neonazis können unter den Augen der Polizei in HH-Rothenburgsort das Konzert besuchen.>>

>>Am 23.10.2005 wird ein junger Mann in der S-Bahn zwischen Hammbrook und Veddel nachdem er bereits verbal von einer Gruppe Neonazis beleidigt wurde, mit Faustschlägen und Pfefferspray verletzt.>>



## Die „Freien Kameradschaften“ - Neonazis in der Tradition der SA

### Im Zuge der Verbote neonazistischer Vereine und Parteien in den Jahren 1992 bis 1995 entwickelten führende Neonazis das Organisationsmodell der sogenannten Freien Kameradschaften (FK),

das sie vor Zugriffen seitens des Staates besser schützen sollte. So soll es in einer „Organisation ohne Organisation“, wie Thomas Wulff sie nennt, weder Mitgliederlisten, Vorstände, Vereinskassen noch Satzungen geben. Zudem bieten die FK ein aktionsorientiertes Angebot an, das von Wehrsportübungen über Konzerte bis hin zu Schulungen reicht.

Die Begründer dieses Konzeptes sind die Hamburger Neonazis Christian Worch, Thomas Wulff und Thorsten Heise. Das Modell wurde 1996 von Thomas Wulff im Neonazifanzine *Bramfelder Sturm* vorgestellt.

Christian Worch ist seit circa dreißig Jahren aktiver Neonazi und konnte durch langjährige Erfahrung zu einem der führenden Kader der Neonaziszene werden. Aufgrund einer großzügigen Erbschaft kann er seinen neonazistischen Aktivitäten uneingeschränkt nachgehen. Er gehörte diversen extrem rechten Organisationen an und baute sie zum Teil mit auf.

Diese Erfahrungen und Kontakte erwiesen sich im Zuge der Organisation der FK als nützlich. Der gelernte Notariatsgehilfe Christian Worch ist heute vor allen Dingen dadurch bekannt, dass er vor Gericht regelmäßig Aufmärsche und Konzerte der Neonazis durchzusetzen versucht und ein erklärter Freund der Idee des „Demotourismus“ ist, nach der möglichst viele Aufmärsche in der BRD stattfinden sollen. So tritt er regelmäßig als Anmelder von Aufmärschen und als Redner auf.

Thomas Wulff war in den 1980er-Jahren Vorsitzender der neonazistischen *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei* (FAP) in Hamburg. Mit den Neonazis, die ihn umgaben, führte er unter anderem Wehrsportübungen durch. Zusammen mit Worch gründete er 1989 in Hamburg die *Nationale Liste* (NL) und freundete sich mit dem Neonazi-Rechtsanwalt Jürgen Rieger an.

Um junge Neonazis zu organisieren, baute er 1994 die Kameradschaft *Bramfelder Sturm* auf, die sich später in *Hamburger Sturm* umbenannte und 2000 verboten wurde, weil sie unter anderem Tendenzen zum Nationalsozialismus besaß.

Thomas Wulff arbeitet mit Tobias Thiessen zusammen, mit dem er ab 1998 das *Zentralorgan* (ZORG) veröffentlichte, gegen das die Behörden aufgrund rassistischer und antisemitischer Hetze in mehreren Fällen ermittelten. Im Jahr 2002 wurde der Druck des Blattes dann eingestellt. Wulff wurde 1995 unter anderem wegen Volksverhetzung zu sechs Monaten Haft verurteilt. Er ist Organisator von Aufmärschen, Redner und leitet den sogenannten *Bundesordnerdienst* der NPD mit.

Thorsten Heise ist langjähriger neonazistischer Aktivist und begann 1984 als extrem rechter Skinhead. 1992 wurde er Vorsitzender der niedersächsischen FAP und nach deren Verbot 1995 Leiter der *Kameradschaft Northeim*. Er ist sehr gut mit Worch und Wulff bekannt.



Christian Worch als Redner bei einer NPD-Kundgebung in Eimsbüttel im Juni 2006

Heise ist mehrfach vorbestraft, unter anderem wegen Landfriedensbruches, Volksverhetzung und schwerer Körperverletzung. Die Mitbegründer des Organisationsmodells der FK, Christian Worch und Thomas Wulff, gehen seit Jahren getrennte Wege. Zu verschieden sind ihre Vorstellungen, wie man zum Nationalsozialismus gelangt. So hält Wulff wenig vom „Demotourismus“ und fordert stattdessen eine „Demokultur“.

Worch hingegen gilt als einer der schärfsten Kritiker der NPD, mit der er aber dennoch punktuell zusammenarbeitet. Wulff und Heise sind im September 2004 zusammen mit Ralph Tegethoff im Zuge der sogenannten *Volksfront von rechts* in die NPD eingetreten.

Viele Kameradschaften beziehen sich positiv auf die SA. Diese war ab 1921 als *Sturmabteilung* der NSDAP vor allen Dingen Schlägertrupp, der die Versammlungen der NSDAP beschützte. Kurze Zeit später entwickelte sie sich zu einer paramilitärischen Kampf- und Propagandagruppe. Parallelen zu heute werden sichtbar, wenn man sich anschaut, wie die NPD nicht nur zu Wahlkampfzeiten gerade bei Ordner-, Hilfs- und Schutzdiensten durch die Kameradschaften unterstützt wird.

Aber auch unabhängig von der NPD versuchen diese, die Macht über die Straße zu gewinnen, indem sie gegen Menschen, die nicht in ihr rassistisches und völkisches Weltbild passen, notfalls auch mit Gewalt vorgehen.

Ähnlich wie die SA versuchen sie, regelmäßig in der Öffentlichkeit präsent zu sein, um somit als normale politische Kraft wahrgenommen zu werden, und, wie Christian Worch regelmäßig in Leipzig, auch in linke Stadtviertel zu gehen, um zu provozieren.

Inhaltlich lehnen sich die FK an die Gebrüder Strasser an, die in antisemitischer und völkischer Manier den Kapitalismus angriffen. Sie haben sich das Motto „Frei, sozial und national“ gegeben. Seit sich die NPD 1996 unter der neuen Führung von Udo Voigt den sogenannten „Freien Kräften“ öffnete, zeigt sich eine punktuelle und in manchen Regionen auch kontinuierliche Zusammenarbeit mit dieser, seltener mit der DVU.

Diese Kooperation wird an zentralen Aufmärschen deutlich, bei denen es auch darum geht, innere Streitigkeiten in den Hintergrund zu drängen und nach außen gemeinsam Stärke zu zeigen.

Ein jährlicher Aufmarsch ist zum Beispiel der *Rudolf-Hess-Gedenkmarsch* im bayerischen Wunsiedel, der seit drei Jahren nach § 130 IV des Strafgesetzbuches verboten ist.

2004 nahmen 4800 Neonazis aus dem In- und Ausland am Aufmarsch für den Stellvertreter Adolf Hitlers teil. Zum Soldatenfriedhof in Halbe oder ersatzweise nach Seelow, wo unter anderem Wehrmacht- und SS-Akteure begraben sind, pilgern die Neonazis ebenfalls, um diesen tatkräftigen Unterstützern des Nationalsozialismus zu huldigen.

Zum 1. Mai, dem Tag der Arbeiterbewegung, gibt es neben zentralen Aufmärschen auch regionale Aktionen. So marschierten 2005 in Berlin 2500 Neonazis auf; die Veranstaltung musste aber aufgrund massiver Proteste abgebrochen werden.

Für 2008 plant die NPD mit Unterstützung der Freien Nationalisten aus dem Umfeld des *Aktionsbüros Norddeutschland* (AK Nord) einen zentralen Aufmarsch in Hamburg. Auch wenn es immer wieder zu gegenseitiger Unterstützung zwischen FK und NPD kommt, so betonen die Kameradschaften doch ihre Unabhängigkeit gegenüber der NPD und sehen sich als gegenseitige Ergänzungen an.

**Zum Soldatenfriedhof in Halbe oder ersatzweise nach Seelow, wo unter anderem Wehrmacht- und SS-Akteure begraben sind, pilgern die Neonazis ebenfalls, um diesen tatkräftigen Unterstützern des Nationalsozialismus zu huldigen**



**oben** Freie Kameradschaftler gedenken Mitgliedern von Wehrmacht und SS in Halbe im November 2003; im Hintergrund stehend der Hamburger Neonazi Christian Worch  
**links** Thomas Wulff singt vor dem Hess-Logo beim „Rudolf-Hess-Gedenkmarsch“ im fränkischen Wunsiedel 2004

## Fortsetzung

>>Am 05.11.2005 veranstaltet der Hamburger Neonazi Torben Klebe – getarnt als Geburtstagsveranstaltung – ein RechtsRock-Konzert in einem Saal an der Holstenstrasse in HH-Altona. Obwohl dabei verbotene Nazi-Parolen gegrölt werden und der Vermieter das Mietverhältnis kündigen will, bricht die Polizei das Konzert, bei dem rund 300 Personen aus der Neonazi-Szene anwesend waren, nicht ab. Nach Ende des Konzerts wurden die „Gäste“ unter Mithilfe des HHV und der Polizei aus Altona weggebracht.>>

# Kleideten sich Neonazis und rechte Skinheads bis in die 1990er-Jahre noch mit Bomberjacke, Jeans und Springerstiefeln und trugen sie oftmals eine Glatze, so ist dieses Bild nunmehr seit Jahren überholt

## Der Nazis neue Kleider

Heute gibt es bundesweit mehr als 160 hierarchisch aufgebaute und durch wenige Kader geführte Kameradschaften mit Mitgliedern von bis zu 30 Neonazis im Alter zwischen 18 und 35 Jahren, die über regionale Aktionsbüros miteinander vernetzt sind. Hinsichtlich der bundesweiten Vernetzung orientierte man sich stark am AK Nord, das 1996 von Thomas Wulff und Tobias Thiesen gegründet wurde.

Auf den Websites der verschiedenen Aktionsbüros erfolgt eine Selbstdarstellung, es werden Kampagnen vorgestellt, es gibt inhaltliche Beiträge, einen Terminkalender für Aufmärsche sowie die Möglichkeit, eigene Aktionsberichte auf die Seite setzen zu lassen.

Durch die Verweise auf andere Websites wird die Vernetzung von Aktionsbüros, Kameradschaften, NPD und anderen extrem rechten Organisationen deutlich. Neben diesen Seiten gibt es auch neonazistische Foren, in denen man sich zu den jeweiligen Themenbereichen austauscht.

Kleideten sich Neonazis und rechte Skinheads bis in die 1990er-Jahre noch mit Bomberjacke, Jeans und Springerstiefeln und trugen sie oftmals eine Glatze, so ist dieses Bild nunmehr seit Jahren überholt. Mittlerweile gibt es eigene extrem rechte Marken, wie *Masterrace*, *H8wear* („Hatewear“), *Pro-Violence*, *Thor Steinar* oder auch *Consdaple*. Sie übernehmen teilweise Elemente aus der Hooliganszene und der Sportkleidung. Neonazis sind wie Jugendkulturen und andere Szenen keine Ausnahme, wenn es darum geht, sich unter anderem über Kleidung, Verhaltensweisen, Aussehen, Musik oder Tattoos zu definieren.

Anhand der Entwicklung der Mode der Neonazi-Szene lässt sich erkennen, dass ihre Vertreter in immer mehr Jugendkulturen anzutreffen sind, zum Beispiel in der Dark-Wave- und Black-Metal-Szene, und dort ihre menschenverachtende Propaganda zu verbreiten versuchen. So bedient sich die Marke *Rezist* auch des Graffitos oder man gibt sich einfach modisch hip.

Aber wie können sich Neonazis untereinander erkennen und dadurch Gruppenzugehörigkeit schaffen, wenn die Grenzen zu anderen Jugendkulturen im optischen Bereich nicht mehr vorhanden sind? Dazu muss man wissen, ob diese oder jene eine rechte Marke ist und/oder die Symbole und Codes der Neonazis kennen.

So werden Symbole mit nationalsozialistischem, germanisch-heidnischem Bezug oder Zahlenkombinationen wie die „88“ für „Heil Hitler“ benutzt.

Bis Ende September 2007 konnten sich die Neonazis auch in Hamburg mit Kleidung rechter Marken eindecken. Mitten auf St. Pauli betrieb der Neonazi Volker Fuchs von Mitte 2005 bis September 2006 den Laden *Elite Style/Odin und Freya*, in dem unter anderem *Thor Steinar* und *Sportfrei* erhältlich waren.

Proteste von AnwohnerInnen und AntifaschistInnen führten letztlich dazu, dass der Vermieter den Vertrag kündigte. Anfang 2007 eröffnete Fuchs den Laden *Unbreakable Streetwear* in Borgfelde. Öffentlichkeitswirksame Arbeit von AntifaschistInnen machten auch hier den Vermieter auf das neonazistische Treiben von Volker Fuchs aufmerksam.

Im September 2007 wurde der Laden zwangsgeräumt. Damit rechte Marken und rechte Ideologien keinen Einzug in Jugendkulturen und andere Szenen halten, ist es wichtig, über diese Entwicklung aufzuklären und gegen sie aktiv zu werden.

## RechtsRock

Nicht nur im modischen Bereich haben sich die Neonazis Jugendkulturen und anderen Szenen geöffnet. So ist bei der Musik ein rechter Trend zu beobachten, der vor allem im Hardcore-, Metal-, Oi-Punk- und Gothic-Bereich an Einfluss gewinnt. Sammelbegriff dieser unterschiedlichen Musikstile ist „RechtsRock“.



oben Antifaschistische Demonstration gegen den Naziladen Odin & Freya von Volker Fuchs im September 2005  
links Neonazi mit Piercing und einem T-Shirt der Marke Consdaple



Freie Kameradschaften und die NPD nutzen RechtsRock, um gerade Jugendliche mit ihren neofaschistischen Inhalten für sich zu gewinnen. Diese werden durch die Musik viel subtiler vermittelt und bieten eine andere Möglichkeit der Integration und Identifikation als trockene Schulungsabende.

Heute findet kaum ein Neonaziaufmarsch statt, ohne dass es hinterher in näherer Umgebung ein RechtsRock-Konzert gibt. Mithilfe dieser Kombination wollen die Nazi-Veranstalter die rechte Szene besonders attraktiv und ereignisreich machen. So bietet der Aufmarsch auf der einen Seite die Möglichkeit, nach außen als Gemeinschaft zu erscheinen, Stärke zu demonstrieren und eine menschenverachtende Meinung zu vertreten, und auf der anderen Seite kann man abends bei Bier und Musik Kontakte knüpfen.

Wie bedeutend RechtsRock für die Neonazi-Szene ist, lässt sich am Konzept der sogenannten *Schulhof-CD* erkennen. Es wurde 2004 von einem Neonazi entwickelt worden und besteht darin, CDs mit extrem rechter Musik vor Schulen zu verteilen. Die NPD griff die Idee im Rahmen von Wahlkämpfen auf.

Auch in Hamburg wurde während des Bundestagswahlkampfes 2005 eine CD der NPD verteilt. Die Behörden versuchten, gegen die Verbreitung dieser CDs gerichtlich vorzugehen, was aber nicht vollständig gelang.

Auch wenn sich für das Jahr 2006 ein Rückgang auf 114 professionell veröffentlichte RechtsRock-Tonträger feststellen lässt, ist die Szene nach wie vor gefestigt und agiert zunehmend dynamisch.

Mit knapp 240 Konzerten in der gesamten BRD wurden 2006 fast genauso viele musikalische Veranstaltungen von Freien Kameradschaften und Neonazis organisiert wie 2005. Meist werden die dafür notwendigen Räumlichkeiten für angebliche Geburtstags- oder Hochzeitsfeiern angemietet, wie beispielsweise am 5. November 2005 auf St. Pauli. Obwohl der Vermieter den Mietvertrag mit dem Mieter kündigte, weigerte sich die Polizei, das Konzert zu beenden.

Der damalige Organisator Torben Klebe ist im rechten Musikgeschäft kein Unbekannter. So war es auch er, dem am 12. September 2000 die Verbotsvorladung für das internationale neonazistische Musiknetzwerk *Blood&Honour* ins Haus flatterte.

Obwohl das Konzert in St. Pauli dank Klebes zu *Blood&Honour*-Zeiten entstandener Kontakte organisiert werden konnte und es noch zahlreiche andere Beispiele gibt, leugnen die Behörden die illegale Fortführung dieses Netzwerkes.

Das Internet spielt bei der Verbreitung von rechtsextremer Musik eine bedeutende Rolle. Bandwebsites, aber auch speziell für den Download geschaffene Internetportale bieten unzählige Lieder mit oftmals indiziertem Inhalt an. Zu nennen ist hier eine Hamburger Firma, bei der man sich seit September 2006 gegen Bezahlung rechte Musik downloaden kann.

Das Geschäft mit rechter Musik und dem dazugehörigen Merchandising hat sich zu einem Markt entwickelt, in dem eine starke Konkurrenz herrscht. So mancher Händler sieht sich mit dem Vorwurf aus dem eigenen rechten Lager konfrontiert, er würde sich an der Szene bereichern, statt sie finanziell zu unterstützen. Nazi-Musik ist das wichtigste Instrument von Neonazis, um rechte Ideologie innerhalb der eigenen Szene zu verbreiten bzw. um junge Menschen an die Szene heranzuführen.

## Das Internet spielt bei der Verbreitung von Neonazi-Musik eine bedeutende Rolle



Marko Gottschalk, der Sänger der RechtsRock-Band Oidoxie bei einem Konzert in Hamburg im September 2004

### Fortsetzung

>>Am 21.01.2006 findet ein Konzert der Band *Schall und Rauch* in HH-Bramfeld statt. Abermals dient eine „Geburtstagsfeier“ als Tarnung.>>

>>Am 06.02.2006 wird ein dunkelhäutiger Fahrkartenkontrolleur nach einer Kontrolle von einem Fahrgast in der S-Bahnlinie 3 in HH-Hammerbrook mit Tritten und Schlägen angegriffen. Zuvor hatte er bereits geäußert der Kontrolleur müssen „vergast werden“, statt Fahrscheine kontrollieren zu dürfen. >>

>>Am 25.02.2006 veranstaltet die NPD einen Liederabend in HH-Rotenburgsort >>

# ... lesen, wie in antiamerikanischer Manier die Kriegsführung der USA angegriffen und im Übrigen ganz offen für die Abschiebung von Flüchtlingen plädiert sowie ein völkischer Sozialismus propagiert wird

## Die Bürgerinitiative der Neonazis

NPD und FK treten nicht immer so auf, dass man sie auf den ersten Blick als Neonazis erkennt. Denn wer denkt bei Bezeichnungen wie *Bürgerinitiative Unsere Zukunft*, *Bürgerinitiative Sicheres Harburg* oder *Bürgerinitiative für ein sicheres Bergedorf* gleich an Neonazis? Niemand.

Und so versuchen NPD und FK, ihre Propaganda unter diesem Mantel zu verbreiten. Stehen die Menschen Bürgerinitiativen doch offener gegenüber als einem Flugblatt, auf dem in großen Lettern NPD oder FK prangt.

Betrachtet man beispielsweise die sogenannte *Bürgerinitiative Unsere Zukunft*, die seit 2003 mehrere Male im Jahr im Stadtteil Bramfeld Infostände aufstellt, näher, erkennt man schnell, wer der Absender ist. So kann man den Flugblättern der Bürgerinitiative *die Empfehlung* entnehmen, bei anstehenden Wahlen die NPD zu wählen, und lesen, wie in antiamerikanischer Manier die Kriegsführung der USA angegriffen und im Übrigen ganz offen für die Abschiebung von Flüchtlingen plädiert sowie ein völkischer Sozialismus propagiert wird.

Neben diesen Flugblättern findet man Material der NPD und die extrem rechte Zeitschrift *Unabhängige Nachrichten* (UN). Die UN, 1969 gegründet, erscheinen monatlich und enthalten antisemitische und rassistische Artikel, die dazu führten, dass die Justiz wegen Aufstachelung zum Rassenhass und Volksverhetzung gegen sie vorging.

Anfang 2007 gründeten Neonazis aus dem Umfeld von NPD und FK die *Bürgerinitiative für ein sicheres Bergedorf*. Diese nimmt den geplanten Umzug der muslimischen Gemeinde in eine Moschee zum Anlass, um gegen hier lebende Menschen mit migrantischem Hintergrund zu hetzen.

Die Kampagne der Neonazis wurde mit einer Saalveranstaltung im März 2007 eröffnet, auf der unter anderem der jetzige Landesvorsitzende der NPD, der neonazistische Rechtsanwalt Jürgen Rieger, eine Rede hielt. Die Flugblattverteilungen, Infostände und eine Kundgebung stießen jedoch auf massiven Widerstand.

Die Homepage der Bürgerinitiative ist schlicht gehalten. Neben einer Dokumentation bisheriger Aktionen und veröffentlichter Flugblätter wird unter anderem auf die Seiten der NPD, der UN und des AK Nord verwiesen. Verantwortlich für die Seite zeichnet der Neonazi Alexander Hohensee, ein Schützling Christian Worchs, der 2005 auch im Rahmen der *Bürgerinitiative Sicheres Harburg* sehr aktiv war.

Bei den Aktionen waren zum Beispiel Inge Nottelmann und auch Jan Steffen Holthusen, beide aus dem Umfeld des AK Nord, anwesend. Letzterer gehört auch zu den Neonazis der *Bürgerinitiative Unsere Zukunft*.

## Aktivitäten der Freien Kameradschaften in Hamburg

Das Konzept der FK war entworfen worden, um Verbote seitens des Staates zu umgehen. Dies hat jedoch nicht funktioniert, wie einige inzwischen erfolgte Verbote gegen FK beweisen. Die Verbotserfügung für den *Hamburger Sturm* (HS) erhielten unter anderen die Neonazis Torben Klebe, Thorsten Bärtels und Jan Steffen Holthusen.

Letzterer war in mehreren Bürgerinitiativen der Neonazis aktiv. Laut Verfügung weist die FK eine „aktive kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Gesellschaftsordnung“ auf und verherrlichte den Nationalsozialismus.

Torben Klebe und Jan Steffen Holthusen gehörten der 1995 verbotenen NL an und brachten 1994/1995 das Neonazi-Fanzine *Bramfelder Sturm heraus*. Dieses wurde 1997 in *Hamburger Sturm* umbenannt, und den gleichen Namen trug dann auch die dazugehörige Kameradschaft.

In dem Magazin veröffentlichte man Konzert- und Szeneberichte, informierte über die Anti-Antifa-Arbeit, publizierte Propaganda und theoretische, den Nationalsozialismus verherrlichende Texte und griff auch tagesspolitische Themen auf. Die Kameradschaft war an den Aufmärschen in Hamburg und Umgebung aktiv beteiligt. Der HS war als Kameradschaft eingebettet in das AK Nord.

Ein Flugblatt der von Bramfelder Nazis betriebenen Bürgerinitiative Unsere Zukunft



Wie schon nach dem Verbot der NL sind die betroffenen neonazistischen Akteure auch nach dem Verbot des *Hamburger Sturms* weiterhin aktiv. In den Stadtteilen Bramfeld, Harburg und Bergedorf fanden in den vergangenen Jahren regelmäßig unterschiedliche Aktionen der Neonazis statt.

Wie bereits beschrieben, stellen sie regelmäßig in Bramfeld Infostände auf. Harburg war im Jahr 2005 Schauplatz mehrerer Kundgebungen, Infostände und spontaner Aufmärsche. Dagegen starteten AntifaschistInnen eine erfolgreiche Kampagne gegen das Treiben der Neonazis. Im Anschluss an die Aktivitäten der Neonazis in Harburg wurden diese Anfang 2007 mit unterschiedlichen Aktionen gegen den geplanten Moscheeumzug in Bergedorf aktiv.

Seit sie seit einigen Monaten ihre Infostände nicht mehr ungestört aufstellen können, sind sie jedoch nicht mehr in Erscheinung getreten.

Die sogenannten *Freien Nationalisten* aus Hamburg nehmen an norddeutschen und bundesweiten Aufmärschen teil. Zu nennen sind hier zum Beispiel der letzte Hess-Gedenkmarsh 2004 und der Trauermarsh in Halbe/Seelow.

Der letzte große Aufmarsch in Hamburg richtete sich gegen die Wanderausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“. Dagegen demonstrierten im Januar 2004 900 Neonazis und im März desselben Jahres 300. Seit einigen Jahren nutzen Neonazis aktuelle soziale Themen, um ihr völkisches, rassistisches und antisemitisches Weltbild zu propagieren.

So organisierten NPD und Freie Kameradschaften zum 14.10.2006 einen Aufmarsch unter dem Motto „Nationale Arbeitsplätze statt internationale Profite“. Der Aufmarsch, an dem 170 Neonazis teilnahmen, wurde durch AntifaschistInnen massiv gestört.

Regelmäßig gedenken die Neonazis in Hamburg deutschen Opfern des Zweiten Weltkrieges. Im Mai 2007 kamen auf Einladung des neonazistischen AK Nord zahlreiche Neonazis in den angemieteten Stellinger Ratskeller, um dort eine Veranstaltung mit einem ehemaligen U-Boot-Offizier der Nazis durchzuführen.

Am 8. Mai, dem Tag der Niederlage der Nationalsozialisten, reinigen die FK jedes Jahr auf einigen Hamburger Friedhöfen Ehrenmale und halten Gedenkkundgebungen ab.

## Zum Volkstrauertag im November reinigen Neonazis in Hamburg Denkmälern und veranstalten Trauerkundgebungen

2007 fanden sich Ende August auf dem Ohlsdorfer Friedhof 50 Neonazis aus FK, NPD und DVU zusammen und gedachten der deutschen Opfer während der Bombardierung Hamburgs.

Zum Volkstrauertag im November fahren Neonazis entweder zum Soldatenfriedhof in Halbe/Seelow oder reinigen in Hamburg Denkmälern und veranstalten Trauerkundgebungen. Die von den Hamburger FK aufgegriffenen Themen sind repräsentativ für die bundesweite Szene.

Neben den geschichtsrevisionistischen Terminen werden auch tagespolitische und regionale Themen, wie die Globalisierung, Hartz IV, Kriege oder der geplante Moscheeumzug in Bergedorf, aufgegriffen. Bei diesen Aktionen versuchen sich die Neonazis oftmals bürgernah zu geben, um besser angenommen zu werden. Ihre Inhalte bleiben aber die gleichen.<<



08-08: Transpi freisoznat  
Transparent von Freien Kameradschaften mit dem Hamburger Tobias Thiessen (li)

### Fortsetzung

>>Am 16.03.2006 decken AntifaschistInnen ein Treffen der SS-Veteranenorganisation *HIAG* in einem Lokal im Keller der Hamburger Handwerkskammer auf. Über mehrere Jahre konnten sich die Altnazis dort ungestört treffen.>>

>>Am 07.04.2006 wird ein Mann im Zuge eines Nachbarschaftsstreites als „Scheiß-Türke“ bezeichnet und ins Gesicht geschlagen.>>

# Rechtes WählerInnenpotenzial in Hamburg

**Bei den Bürgerschaftswahlen** (Bü-Wa) im Februar 2008 hat rechts von der CDU insbesondere die DVU Aussicht auf einen Erfolg. Auch wenn beim Erscheinen der Broschüre der Wahlausgang noch kaum vorherzusagen ist, haben frühere Wahlen deutlich gemacht, dass es ein entsprechendes Potenzial an rechten WählerInnen in Hamburg gibt: Der DVU fehlten bei der BüWa 1997 lediglich 190 Stimmen zum Einzug in die Bürgerschaft. Gelänge der DVU das Überspringen der 5-Prozent-Hürde, so wäre dies ein wichtiger Schritt für die Faschisten, sich auch in den Landesparlamenten festzusetzen.

## Bisherige Wahlerfolge rechter und rechtsextremistischer Parteien

Bereits in vier von insgesamt sechzehn Landesparlamenten sind zurzeit faschistische Parteien vertreten, und die Tendenz ist steigend (Tabelle 1).<sup>1</sup> In Brandenburg steigerte sich die DVU bei der Landtagswahl 2004 um 0,8 % und erhielt dadurch einen Sitz mehr als noch bei der Wahl im Jahr 1999. In Bremen ist die DVU seit 1987 mit einer kurzen Unterbrechung sogar kontinuierlich in der Bürgerschaft vertreten.

Tabelle 1

	DVU		NPD	
	%	Sitze	%	Sitze
<b>Brandenburg:</b>				
1999	5,3%	5	-	-
2004	6,1%	6	-	-
<b>Bremen:</b>				
1999	3,0%	1	-	-
2003	2,3%	1	-	-
2007	2,7%	1	-	-
<b>Meckl.-Vorp.:</b>				
2002	-	-	0,8%	0
2006	-	-	7,3%	6
<b>Sachsen:</b>				
1999	-	-	1,4%	0
2004	-	-	9,2%	12

Neofaschistische Parteien in Landesparlamenten (Sonderregelung in Bremen, da Anteil mit Bremerhaven im Verhältnis von ca. 4:1)

Die SPD spielte dabei mit ihrem stark rechtspopulistischen Wahlkampf und dem Thema der „inneren Sicherheit“ der DVU regelrecht in die Hände; so verlor sie besonders in ihren ehemaligen Hochburgen, wie Jenfeld, Wilhelmsburg und Billstedt, einen Teil ihrer Wählerschaft an die DVU. Durch das Schüren von Ängsten vor „Überfremdung“ und der „Verarmung der Deutschen“ und mit Forderungen nach dem „starken Staat“ konnte die DVU zudem eine große Zahl von NichtwählerInnen mobilisieren.

Der bei der BüWa 2001 mit 19,4 % massive Stimmengewinn der erstmalig angetretenen rechtsautoritären *Partei Rechtsstaatliche Offensive* (Offensive D), der sogenannten Schill-Partei des ehemaligen Hamburger Richters Ronald Schill, zeigt eine deutlich erhöhte Bereitschaft, rechts zu wählen, und belegt, dass das rechte WählerInnenpotenzial auch in Hamburg wesentlich größer ist, als es sich bei vielen Wahlen bislang gezeigt hatte.

Eine 2006 von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene repräsentative Studie ergab sogar, dass knapp 70 % der Befragten mit einem durchschnittlich extrem rechten Weltbild CDU und SPD und nur knapp sechs Prozent mit einer solchen Gesinnung auch tatsächlich extrem rechte Parteien wie NPD, DVU oder REP wählen (Tabelle).<sup>2</sup> Gehen diese WählerInnen davon aus, dass ihre Partei die 5-Prozent-Hürde überspringt, so steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihre Stimme auch tatsächlich den Faschisten geben.

Tabelle 2

	1993		1997
	DVU	REP	DVU
<b>Altona</b>	-	-	-
<b>Bergedorf</b>	5,6%	-	5,4%
<b>Eimsbüttel</b>	-	-	-
<b>HH-Mitte</b>	-	6,4%	8,5%
<b>HH-Nord</b>	-	-	-
<b>Harburg</b>	-	7,3%	7,5%
<b>Wandsbek</b>	-	-	5,5%

Neofaschistische Parteien in Hamburger Bezirksversammlungen

## die NPD findet zunehmend Unterstützung durch jüngere Menschen

Ein entsprechendes Signal gibt derzeit der zwischen DVU und NPD geschlossene „Deutschlandpakt“, der konkurrierende Kandidaturen und damit eine Aufteilung der Stimmen und das Scheitern an der 5-Prozent-Hürde verhindern soll. Hier ist daran zu erinnern, dass die zusammengezählten Stimmenanteile extrem rechter Parteien bei den vergangenen Hamburger Bürgerschaftswahlen sehr hoch waren (Tabelle 4).

Als weiterer Faktor tritt hinzu, ob eine Partei rechts von der CDU politische und publizistische Unterstützung aus den etablierten Machtzentren bekommt. Dies war 2001 der Fall. Obwohl die DVU bei diesem Wahlkampf mit schätzungsweise einer Million Euro den höchsten finanziellen Aufwand aller angetretenen Parteien tätigte, konnte sie gegen den von Ronald Schill durchgeführten rechtspopulistischen Personenwahlkampf mit ähnlichen Themenfeldern nicht bestehen, da dieser Unterstützung von der Springer-Presse erhielt. Die DVU gewann deshalb nur einen Stimmenanteil von 0,7 %.

Bei der BüWa 2004 trat in Hamburg als neofaschistische Partei nur die NPD an. Der mit 0,3 % relativ geringe Stimmenanteil hat vermutlich mehrere Gründe. Während des NPD-Verbotsverfahrens 2003 wurde der breiten Öffentlichkeit bewusst, dass die NPD sich in ihrer Zielsetzung jenseits einer „freiheitlich-demokratischen Verfassung“ bewegt. Selbst potenzielle REP- und DVU-WählerInnen könnten deshalb etwas davon abgeschreckt gewesen sein, ihre Stimme einer solchen „verfassungsfeindlichen“ Partei zu geben.

Wesentlich ausschlaggebender für einen derartig geringen Stimmenanteil für die NPD dürfte die großpolitische Lage in Hamburg gewesen sein. Generell scheinen rechte Parteien einen Teil ihres Wahlerfolges auf ein grundlegendes Misstrauen der Wählerschaft gegen Parteien und PolitikerInnen zu gründen. So hatte es 2001 der spätere Innensenator Ronald Schill geschafft, dieses Misstrauen gegen die traditionellen Parteien zu schüren und im Gegenzug sich selbst als einzig wahren „Politiker des Vertrauens“ zu präsentieren. Nach seinem skandalträchtigen Rauschmiss aus der Bürgerschaft herrschte zwar zunächst eine große Enttäuschung bei seiner Wählerschaft vor. Ole von Beust konnte jedoch durch sein Beharren auf Neuwahlen nach diesem Skandal bei der Wählerschaft ein enormes Vertrauen zurückgewinnen.

Bei der Bundestagswahl 2005 erhielt die NPD in Hamburg 1,0 %. Dies bedeutet letzten Endes, dass circa 9.500 Wahlberechtigte ihre Stimme der NPD ergaben. Der Verfassungsschutz bezifferte die Zahl aller extremen Rechten 2005 in Hamburg auf lediglich 550 Personen – eine nicht nachvollziehbare Einschätzung, die aufgrund der obigen Datengrundlage fernab der Realität zu stehen scheint.

	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS/ WASG	NDP/ DVU/REP	Nicht- Wähl.
<b>größtenteils</b>	35,1%	34,4%	1,8%	4,4%	1,8%	5,9%	16,7%
<b>geschlossen</b>	30,3%	24,8%	0,0%	1,8%	0,9%	14,7%	27,5%

Tabelle 3

*Wählerinnen mit größtenteils und geschlossen extrem rechten Weltbild und deren Wahlverhalten*

## Wer sind die WählerInnen? Wählen alle Rechtsextremen auch extrem rechts?

Eine Wahl repräsentiert zwar ein gewisses Meinungsbild, jedoch nicht ein genaues Abbild der Verbreitung (extrem) rechter Ideologie innerhalb der Gesellschaft. Vielmehr sind die jeweiligen Ergebnisse zunächst beeinflusst von taktischem Wahlverhalten, vor allem aber von der großpolitischen Lage, da beispielsweise ökonomische Verhältnisse, außenpolitische Vorgänge, aber auch gesellschaftliche Ereignisse ihren Teil zum öffentlichen Diskurs beitragen. Hinzu kommt dann der von den antretenden Parteien geführte Wahlkampf, wobei nicht nur die jeweiligen Themen und Slogans eine wichtige Rolle spielen, sondern auch das entsprechende Auftreten vor Ort.

Wer sind nun die WählerInnen, die vorwiegend extrem rechte Parteien wählen? Bei den beiden zurzeit wichtigsten faschistischen Parteien, der NPD und der DVU, lassen sich zumindest über die Mitglieder und UnterstützerInnen einige gesicherte Aussagen treffen. Während die DVU überwiegend als „Altherrenverein“ bezeichnet werden kann, die Mitglieder also meist männlich und etwas älteren Jahrgangs sind, findet die NPD zunehmend Unterstützung durch jüngere Menschen. Allerdings zeigt eine in Brandenburg anlässlich der Landtagswahlen 2004 durchgeführte Studie deutlich, dass sich die dortigen WählerInnen von NPD und DVU kaum unterscheiden: Die Mehrheit der WählerInnen war zwischen 18 und 44 Jahren alt, meist männlich und als ArbeiterIn tätig (Tabelle 5).<sup>3</sup>

### Fortsetzung

>>Am 06.05.2006 wird eine Gruppe junger Menschen von einer Gruppe Neonazis an einer Bushaltestelle in HH-Wandsbek angegriffen, nachdem sie bereits im Bus rassistisch beschimpft worden war.>>

>>Am 07.05.2006 lädt das Aktionsbüro Norddeutschland im Stelling Ratskeller zu einer Veranstaltung „mit Veteranen aus dem Zweiten Weltkrieg“ ein. Unter den Gästen waren zahlreiche Vertreter aus der militanten Neonazi-Szene.>>

>>Am 03.06.2006 wird an der Osterstrasse in HH-Eimsbüttel ein Info-Stand sowie eine Kundgebung der NDP, von der Polizei bewacht, durchgeführt >>



	REP	DVU	NPD	BFB	rechtsextr. gesamt	Schill	Gesamt
<b>BüWa 1993</b>	4,8%	2,8%	-	-	7,6%	-	<b>7,6%</b>
<b>BüWa 1997</b>	1,8%	4,98%	0,1%	1,3%	8,2%	-	<b>8,2%</b>
<b>BüWa 2001</b>	0,1%	0,7%	-	-	0,8%	19,4%	<b>21,0%</b>
<b>BüWa 2004</b>	-	-	0,3%	-	0,3%	3,1%	<b>3,4%</b>

Tabelle 4

Stimmenanteile rechter und rechtsextremistischer Parteien bei vergangenen Bürgerschaftswahlen in Hamburg

	DVU	NPD
<b>Wahl gesamt</b>	<b>6,1%</b>	<b>9,2%</b>
<b>Geschlecht:</b>		
<b>Männer</b>	9%	11%
<b>Frauen</b>	4%	7%
<b>Alter:</b>		
<b>18-29</b>	14%	18%
<b>30-44</b>	7%	12%
<b>45-59</b>	6%	9%
<b>60 u. älter</b>	2%	3%
<b>Beruf:</b>		
<b>Arbeiter</b>	10%	14%
<b>Angestellte</b>	4%	6%
<b>Beamte</b>	0%	7%
<b>Selbst.</b>	5%	9%
<b>Landwirte</b>	11%	5%
<b>Gewerkschaft:</b>		
<b>ja</b>	5%	9%
<b>nein</b>	6%	10%

Tabelle 5

Landtagswahlen 2004: DVU in Brandenburg, NPD in Sachsen (Lesebsp: 9% aller Männer, 4% aller Frauen in Brandenburg wählten die DVU)

Aus den vergangenen Wahlen in Hamburg lassen sich bei einem Abgleich von Wohnsituation und Arbeitslosigkeit Rückschlüsse auf sozioökonomische Faktoren in den jeweiligen Wahlkreisen mit rechter StammwählerInnenschaft ziehen. In Gebieten wie Wilhelmsburg und Billstedt, die in den statistischen Bevölkerungsdaten von 2005 mit 35,0 % den höchsten Anteil an Sozialwohnungen haben und wo mit 13,1 % auch die höchste Arbeitslosenrate zu finden ist (davon 23,6 % Hartz IV), erhielt die NPD mit 1,8 % bei der Bundestagswahl 2005 auch die meisten Stimmen.

Ähnlich verhält es sich in anderen Wahlkreisen wie Wandsbek oder Rahlstedt – auch hier korreliert ein hoher Anteil an Sozialwohnungen und Arbeitslosigkeit mit einem hohen Stimmenanteil für die NPD. Demgegenüber finden sich in Wahlkreisen wie Rotherbaum und Harvestehude mit einem sehr geringen Anteil an diesen beiden Faktoren auch nur sehr dürftige Stimmenanteile für die NPD (Tabelle 6).

Aus diesen Beispielen verallgemeinernde Schlüsse zu ziehen, halten wir für unzulässig – Faktoren wie Altersstruktur und Bildungszugang in den Wohnvierteln, vor allem aber auch der Umgang mit der momentanen Lebenssituation spielen hinsichtlich der Bereitschaft, eine extrem rechte Partei zu wählen, eine eminenten Rolle. Tendenziell scheint somit die Unzufriedenheit mit der eigenen Situation ein wichtiges Element bei der Hinwendung zu Parteien der extremen Rechten zu sein.

	Billstedt Wilh. burg Finkenw.	Rahlst.	Wandsbek	Alstertal Waldd.	Rotherb. Harvesteh. Eimsbüttel	Eppend. Winterh.
<b>Sozialwohnungen</b>	35,0%	19,4%	12,0%	8,8%	2,1%	4,3%
<b>Arbeitslose</b>	13,1%	7,7%	9,0%	3,5%	5,3%	5,4%
<b>davon Hartz IV</b>	23,6%	11,8%	13,5%	3,8%	5,9%	5,3%
<b>Bu.tag 2005, NPD</b>	1,8%	1,4%	1,3%	0,5%	0,3%	0,3%

Tabelle 6

Vergleich einiger Wahlkreise: Wohnsituation/Arbeitslosigkeit mit Stimmenanteil für die NPD bei der Bundestagswahl 2005

	Stimmen
<b>von SPD</b>	43.000
<b>von CDU</b>	38.000
<b>von GAL</b>	1.000
<b>von FDP</b>	2.000
<b>von Regenbogen</b>	0
<b>von Rechten</b>	17.500
<b>von Anderen</b>	11.000
<b>von Nicht-Wähl.</b>	32.500

Tabelle 7

Stimmenzustrom für die Schill-Partei von anderen Parteien bei der BüWa 2001



# Jede Stimme für die DVU ist eine Stimme zu viel für Rassismus, National(sozial)ismus und „deutschen Größenwahn“

## Das „Märchen vom Protestwähler“

Vonseiten bürgerlicher Parteien wird nach Wahlerfolgen der extremen Rechten häufig damit argumentiert, die entsprechenden WählerInnen hätten aus Protest, jedoch nicht aus Überzeugung den KandidatInnen der faschistischen Parteien ihre Stimme gegeben. Sicher mag es Fälle geben, in denen WählerInnen ihre Unzufriedenheit mit bürgerlichen Parteien durch die Wahl einer Partei rechts von CDU/CSU zum Ausdruck bringen wollen, da sie wissen, dass ein entsprechend gutes Abschneiden zumindest kurzfristig für gewisse Aufregung sorgt. Häufiger jedoch ist das, was leichtfertig als unpolitischer Protest bezeichnet wird, eine Handlung aus Überzeugung.

Hinter der Entscheidung, die eigene Stimme einer extrem rechten Partei zu geben, steht die Absicht, die Politik insgesamt nach rechts zu verschieben – sei es durch das Auftreten der FaschistInnen im Parlament, sei es durch den Druck auf die bürgerlichen Parteien, ihr Programm und ihr politisches Tun nach rechts auszuweiten. Selbst wenn eine Überwindung der 5-Prozent-Hürde dabei vielleicht nicht wirklich das Ansinnen der betreffenden „ProtestwählerInnen“ sein mag, so sind sie doch mit dafür verantwortlich, dass über die Erstattung der Wahlkampfkosten den besagten Parteien staatliche Gelder in beachtlicher Höhe zufließen.

Die Wahl einer Partei rechts von CDU/CSU wird zudem dann erleichtert, wenn diese als eine akzeptierbare politische Kraft anerkannt wird – so geschehen bei der BüWa 2001.

## Quellen und weiterführende Literatur:

- Decker, Oliver et al.: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006 (Friedrich-Ebert-Stiftung)
- Freie und Hansestadt Hamburg. Behörde für Inneres. Landesamt für Verfassungsschutz (Hg.): Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 23. September 2001. Wahlkampf und Wahlergebnisse extremistischer Parteien, Hamburg 2001
- Obszerninks, Britta/Schmidt, Matthias: Die Parlamentsarbeit der DVU in den Hamburger Bezirken. Eine Dokumentation, Hamburg 2001. (Landeszentrale für politische Bildung)
- Schmidt, Matthias: „Deutsche Volksunion“ – eine unterschätzte Kraft im rechtsextremen Lager?, in: Am rechten Rand, (1998), S. 30–39.
- Statistikamt Nord: Diverse Analysen und Statistiken zu Bürgerschafts- und Bezirkswahlen in Hamburg (www.statistik-nord.de, Stand: 25.09.2007)
- Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2005. (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Damals konnte Ronald Schill mit eindeutig rechten Themen wie einer restriktiven Zuwanderungspolitik aus dem Stand heraus 19,4 % gewinnen, weil er dabei im Unterschied zu Parteien wie der NPD oder DVU den Anschein einer bürgerlich-demokratischen Partei wahren konnte.

Viele Stimmen erhielt er dabei von vormaligen CDU- und SPD-WählerInnen, die mit der damaligen rot-grünen Regierung unzufrieden geworden waren (Tabelle 7). Als eine unpolitische Protestwahl lässt sich aber auch dies nicht interpretieren. Entsprechendes Argumentieren dient lediglich einer Verschleierung und Verharmlosung der extremen Rechten.

## Perspektive zur Bürgerschaftswahl im Februar 2008

Ob die DVU bei der kommenden Wahl tatsächlich in die Bürgerschaft Einzug halten wird, ist noch unklar. Mit ihren Slogans wie „Arbeit statt Zuwanderung“ und „Michel statt Moschee – keine orientalische Machtsymbolik in unserer Stadt“ nimmt sie erwartungsgemäß eindeutig rassistische Positionen ein und schürt dabei Ängste vor einer angeblichen „Überfremdung“ der Gesellschaft. Mit Parolen zur „Hartz-IV-Armut“ will sie an die Abstiegsängste vieler Menschen anknüpfen. Durch den mit der NPD geschlossenen Deutschlandpakt, der eine Aufteilung der Bundesländer bei den jeweiligen Wahlen vorsieht, ist zudem die Gefahr einer Konkurrenz am rechten Rand ausgeschlossen. Noch ist allerdings nicht abzusehen, inwiefern die NPD zusätzliche Wahlkampfhilfe für die DVU leistet.

## Anmerkungen

- 1 Sämtliche Daten wurden der Homepage des Statistikamtes Nord (www.statistik-nord.de) entnommen bzw. entstammen Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung (siehe Literaturliste).
- 2 Daten nach Decker, Oliver et al., 2006 (Friedrich-Ebert-Stiftung)
- 3 Daten nach Stöss, Richard, 2005 (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Abzuwarten bleibt zudem, wie die Partei *Heimat-Hamburg* von Roger Kusch abschneiden wird. Nach dem Vorbild Schills führt er bereits seit dem Sommer 2007 einen rechtspopulistischen Personenwahlkampf durch. Dass Kuschs Partei einen ebensolchen Stimmengewinn wie 2001 die Schill-Partei hinlegen wird, scheint zum momentanen Zeitpunkt unwahrscheinlich, zumal er immer mit dem Schill-Skandal von 2003 in Verbindung gebracht werden wird.

Die CDU wird vermutlich gegen die SPD auf „Antikommunismus“ setzen, d. h. vor der Koalition SPD/GAL/DIE LINKE warnen. Wenn die CDU jedoch gewinnen will, muss sie den Spagat zwischen einem zum Teil liberalen Hamburger Bürgertum und dem extrem rechten Potenzial schaffen. Droht sie Letzteres zu verlieren und ist dadurch ein Wahlsieg in Gefahr, so muss sie ihren Wahlkampf weiter nach rechts außen ausrichten, um die Stimmen potenzieller „Rechts-der-CDU“-WählerInnen aufzufangen und auf sich zu vereinen. Mit dem Personenwahlkampf um Ole von Beust als „Mittelsmann“ und einer damit einhergehenden Ausrichtung auf eine Bürgermeisterwahl statt auf eine Bürgerschaftswahl könnte die CDU diesen Spagat schaffen.

Abschließend bleibt nur eine Konsequenz: Jede Stimme für die DVU ist eine Stimme zu viel für Rassismus, National(sozial)ismus und „deutschen Größenwahn“. Deshalb gilt es, schon vor der Wahl – und auch darüber hinaus – gegen die DVU und jegliche extreme Rechte aktiv zu werden.<<

## Fortsetzung

>>Am Wochenende des 29. und 30.09.2006 kommt es im Zuge der Schließung des Ladens „Elite Style“ in der Talstrasse zu Übergriffen auf Passanten. Ebenfalls am 30.09. baut die NPD einen Infotisch in Bergedorf auf um gegen den Bau einer neuen Moschee zu hetzen.>>

>>Am 15.07.2006 findet in HH-Bergedorf ein Konzert mit den Bands *Civico 88* (Italien), *Schall und Rauch*, *Donnerhall* und *Liebfels Kapelle*.>>

>>30. Juli 2006 Ca. 30 Neonazis aus NPD und DVU folgen der Einladung der *Bürgerinitiative Hamburger Opfer unvergessen* auf den Ohlsdorfer Friedhof. Die Festrede hält der Revisionist und ehemalige NS-Offizier Klaus Christoph Marloh. Die Polizei hindert die Freien Kameradschaften, aufgrund von antifaschistischen Protesten, an der „Bombenopfer-Feier“ teilzunehmen.>>



**Gewerkschaften sind als antifaschistische Organisationen keine Selbstverständlichkeit,**

sondern Resultat der Erkenntnis des gesellschaftlichen Grundkonfliktes zwischen Kapital und Arbeit bzw. zwischen den Interessen der Arbeitgeber und den Interessen der ArbeitnehmerInnen.

Der Mitgliedsausweis allein macht nicht immun gegen rechte Propaganda und gesellschaftliche Vorurteile. In der Gesellschaft verbreitete Denkmuster finden sich auch in den Köpfen von GewerkschafterInnen wieder.

Nur ein geringer Teil der Mitglieder engagiert sich kontinuierlich bei Gewerkschaftsaktionen und in Strukturen der Gewerkschaften. Die Aktiven sind ein kleiner Teil der Gesamtorganisation. Gerade deshalb ist es wichtig und notwendig, die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen extrem rechten und neofaschistischen Kräften auf der einen und Gewerkschaften auf der anderen Seite zu betonen und gegenüber den Mitgliedern deutlich zu machen. Die Geschichte der Gewerkschaften im Faschismus zeigt, dass dieser Gegensatz nicht von der „aktuellen Linie der Gewerkschaftsführung“ abhängt, sondern grundsätzlicher Natur ist.

Die Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 erfolgte faktisch widerstandslos. Starke rechte Kreise innerhalb der Gewerkschaften hatten vor 1933 mit den „sozialen Kreisen“ innerhalb der NSDAP, insbesondere um Gregor Strasser, angebündelt.

## **Gewerkschaften und Faschismus: Interessengegensatz versus Volksgemeinschaft**

Offen lehnte der ADGB-Bundesausschuss im Anschluss an die nationalsozialistische Machtergreifung am 30. Januar 1933 Abwehrmaßnahmen der Gewerkschaften ab und versuchte durch eine Distanzierung von der SPD und ein Kooperationsangebot an die neuen Machthaber, die gewerkschaftlichen Strukturen zu erhalten.

Im April 1933 bildete sich hierzu der „Führerkreis“ der Gewerkschaften. Der Kurs der Anbiederung war vergeblich: Nach der gemeinsamen Maifeier 1933 zerschlugen die Nationalsozialisten die Gewerkschaften. Aktive GewerkschafterInnen wurden misshandelt und inhaftiert, viele endeten in den Konzentrationslagern. Dies galt auch für diejenigen, die vorher versucht hatten, den Weg der Kooperation oder zumindest der Koexistenz zu gehen. Nach 1933 leisteten viele GewerkschafterInnen aktiv Widerstand, oft mussten sie es mit dem Leben bezahlen.

Von besonderer Bedeutung ist hierbei jedoch nicht die Tatsache des vermeintlichen „Scheiterns“ der Koexistenz, sondern der grundsätzliche Gegensatz. Im Anschluss an die Zerschlagung der Gewerkschaften bildeten die Nationalsozialisten am 10. Mai 1933 die *Deutsche Arbeitsfront* (DAF).

Sie war als „Einheitsverband der Arbeitnehmer und Arbeitgeber“ angelegt. Zugleich wurden das Streikrecht abgeschafft und das Vermögen der Gewerkschaften der DAF übertragen. Das System des Einheitsverbandes entspricht dabei der nationalsozialistischen Ideologie, in der es keinen Interessensgegensatz zwischen Kapital und Arbeit, sondern nur eine „deutsche Volksgemeinschaft“ gibt, die als politische und gesellschaftliche Einheit agiert.

Gestützt wurde dieses System durch die sogenannten „Treuhänder der Arbeit“, die beispielsweise „Tarifverträge“ festlegen konnten.

Diese Reichstrehänder waren dem Reichsarbeitsministerium unterstellt und rekrutierten sich hauptsächlich aus den Industrie- und Handelskammern sowie aus den Personalleiterkreisen großer Unternehmen. Mit der DAF und den „Trehändern der Arbeit“ waren Streiks somit ausgeschlossen, eine Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen fand nicht mehr statt. Alle Verbesserungen waren den Interessen der Arbeitgeber und dem störungsfreien Produktionsablauf untergeordnet.

Individuelle Arbeitnehmerrechte hatten in einem solchen System keinen Platz. Die Arbeitenden waren den Interessen der Unternehmer ausgeliefert, die als „Betriebsführer“ von den Nationalsozialisten die „absolute Führung“ im Betrieb erhielten. Sie waren es dann auch, die von diesem System profitierten: Der Anteil der Arbeitenden am Nationaleinkommen sank, die Einkünfte aus Kapital- und Betriebsvermögen stiegen bis 1938 von 17,4% auf 26,6 %.

Der Verzicht auf eine Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen zugunsten der vermeintlichen „Volksgemeinschaft“ ist ein wesentlicher Eckpfeiler der NS-Ideologie. Adolf Hitler widmete dieser Frage schon 1923 in „Mein Kampf“ ein eigenes Kapitel: Dort betonte er einerseits, wie notwendig es für die ArbeitnehmerInnen sei, sich in Gewerkschaften zu organisieren und gute Arbeitsbedingungen und Löhne durchzusetzen, andererseits führte er aus, dass die Gewerkschaften im nationalsozialistischen Staat kein Instrument des Klassenkampfes sein dürften, sondern sich der Steigerung der „sozialen Produktion“ verpflichtet fühlen müssten.

Einer „nationalsozialistischen Gewerkschaft“ käme die Aufgabe zu, soziale Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, die sich negativ auf die „Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die Existenz der Gesamtheit“ auswirken könnten.

Die wirtschaftlichen und ökonomischen Interessen der ArbeitnehmerInnen wurden damit deutlich den Produktionsinteressen und Profiten der Arbeitgeber untergeordnet, „soziale Gerechtigkeit“ dient nur dem reibungslosen Produktionsablauf.

Arbeitgeber und Arbeitende sollten sich nach Hitler als gemeinsame Sachwalter der Volksgemeinschaft verstehen. Ein System von Kammern sollte Missstände regeln und beseitigen. Bis das Ziel eines nationalsozialistischen Staates erreicht wäre, empfahl Hitler den Nationalsozialisten, sich in den bestehenden Gewerkschaften zu organisieren und dort „möglichst destruktiv zu wirken“. Denn, so Hitler, eine nationalsozialistische Gewerkschaft kann nicht neben einer anderen Gewerkschaft existieren.

Damit wird deutlich, dass weder in der Ideologie noch in der Praxis eine eigene und selbstbewusste Vertretung der ArbeitnehmerInnen vorgesehen war. ArbeitnehmerInnen-Vertretungen, die gegen den Arbeitgeber bestimmte Lohn- und Arbeitsbedingungen durchsetzen, waren nicht erwünscht. Stattdessen wurde das Bild der Interessengleichheit deutscher ArbeitnehmerInnen und deutscher Arbeitgeber im Rahmen einer „Volksgemeinschaft“ entworfen.

Dieses Bild ist heute in Parteien wie der NPD weiter geläufig. So verliert das Programm der NPD kein Wort über ArbeitnehmerInnen-Rechte, Koalitionsfreiheit, Arbeitsschutz oder Tarifverträge, sondern fordert die soziale Verantwortung nationaler Unternehmen ein.

Wieder wird die „Volksgemeinschaft“ über die „Gruppenegoismen“ der Beschäftigten gestellt. Immer wieder wird in den Reden neonazistischer FunktionärInnen der vermeintliche Interessengegensatz zwischen „ausländischen und deutschen Mitarbeitern“ konstruiert und damit versucht, die ArbeitnehmerInnen-Vertretungen zugunsten der Arbeitgeberinteressen zu spalten. Gewerkschaften werden vonseiten der extremen Rechten durchgängig als Feindbild dargestellt. Stattdessen wird nach wie vor die „Volksgemeinschaft“ betont, meist als Instrument gegen hilflose Verinselung.

Auch heute noch beziehen sich Neonazis und extrem Rechte immer wieder auf die vermeintlichen Erfolge der NS-Wirtschaftspolitik.

## Fortsetzung

>>Am 07.10.2006 findet ein wiederum als Geburtstagsfeier getarntes RechtsRock-Konzert in HH-Wilhelmsburg statt.>>

>>Am 14.10.2006 demonstriert die NPD mit 200 Personen in Hamburg Wandsbek für „nationale Arbeitsplätze“. Nach antifaschistischen Protesten müssen die Nazis ihre Demo abbrechen.>>

>>Am 04.11.2006 treten die Bands *Civil Disorder*, *Wodan*, *White Resistance* und *Words of Anger* in Hamm auf einem als Geburtstagsfeier getarnten Konzert auf.>>

>>Am 15.11.2006 versucht eine Gruppe von Neonazis einen Mann jüdischen Glaubens an einem U-Bahnhof mit Glasflaschen zu attackieren. Er kann glücklicherweise unverletzt entkommen.>>

GewerkschafterInnen muss allerdings auch heute klar sein, dass ein gewerkschaftliches Verständnis von Wirtschaft und Politik mit dem der extremen Rechten unvereinbar ist. Es gibt hier weder Schnittstellen noch Gemeinsamkeiten, sondern nur ein Entweder-oder.

Weder „Volksgemeinschaft“ noch „Betriebsführer“ benötigen oder tolerieren Gewerkschaften. Grundlage von Gewerkschaften ist eine demokratische Gesellschaft und das mit ihr verbundene Recht der Koalitionsfreiheit. Wer dies infrage stellt, stellt Gewerkschaften an sich infrage.

Obwohl weder die Gewerkschaftsidee noch die Ziele und Prinzipien der Gewerkschaften mit rechtsextremen oder neofaschistischen Ideen vereinbar sind und sich zahlreiche aktive Gewerkschaftsmitglieder gegen den Rechtsextremismus engagieren, sind doch Gewerkschaftsmitglieder keineswegs immun gegen den Wunsch nach einem starken Führer oder gegen die Verfolgung von Sündenböcken.

Wie eingangs erwähnt, macht der Mitgliedsausweis allein nicht immun gegen rechte Propaganda und gesellschaftliche Vorurteile. In der Gesellschaft verbreitete Denkmuster finden sich auch in den Köpfen von GewerkschafterInnen wieder.

Deutlich wird dies beispielsweise an Wahlergebnissen: Bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2001 wählten 20 % aller WählerInnen mit Gewerkschaftsmitgliedschaft die Schill-Partei. Auch bei anderen Wahlen stimmen Gewerkschaftsmitglieder selten weniger für rechte und rechtsradikale Parteien als die übrige Bevölkerung.

Eine umfassende Befragung unter Mitgliedern und Nichtmitgliedern zu rechtsextremen Einstellungen in 2003 und 2004 belegt, dass sich ungefähr 19 % aller Gewerkschaftsmitglieder mit rechtsextremen Aussagen identifizieren können, unter den Nichtmitgliedern sind es 20 %. Gewerkschaftsmitglieder können von ihren politischen Einstellungen her zunächst als Spiegelbild der sie umgebenden Gesellschaft betrachtet werden.

Aufschlussreicher wird die Studie allerdings, wenn man versucht, anhand von Kernaussagen wie dem Bekenntnis zu einem starken Führer, zur Diktatur und zur Wiedergewinnung der früheren Ostgebiete den „harten Kern“ rechtsradikaler Ideen zu bestimmen.

Für diesen ergeben sich folgende Werte: westdeutsche Nichtmitglieder 7 %, westdeutsche Gewerkschaftsmitglieder 8 %, ostdeutsche Nichtmitglieder 14 %, ostdeutsche Gewerkschaftsmitglieder 9 %.

### Was bedeutet das für uns als GewerkschafterInnen?

Gewerkschaften in Deutschland sind Vorkämpfer und Stützen der Demokratie. Sie sind trotz aller Einschränkungen in der Mitgliedschaft antifaschistische Organisationen.

Dies ist aber keine Selbstverständlichkeit, sondern erfordert, dass wir den ständigen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, den Interessengegensatz zwischen ArbeitnehmerInnen betonen und damit deutlich machen, dass die Grenzen zwischen den Menschen nicht nach vermeintlichen „Rassen“ oder Nationalitäten verlaufen, sondern zwischen Oben und Unten, Arm und Reich.

Gelebte Interessenvertretung, gelebte Demokratie in Betrieben und in der Organisation und gelebte internationale Solidarität sind die Eckpfeiler der antifaschistischen Gewerkschaftsarbeit.

Wenn wir dann noch entsprechende Schwerpunkte in unsere Bildungsarbeit setzen und wachsam auf rechte Tendenzen in unserer Organisation achten, sind wir als Gewerkschaften gut aufgestellt, um unseren Beitrag im Kampf gegen rechts zu leisten. <<

Plakat mit dem Symbol (Hände) der antirassistischen Gewerkschaftskampagne „Mach meinen Kumpel nicht an“





## **Reaktion, Konfrontation, Aktion** **- antifaschistische Strategien gegen rechts**

### **Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen**

- diese Parole haben wir alle schon oft gehört, vielleicht auch selbst verwendet. Sie formuliert im Wesentlichen einen Minimumkonsens, der im Kampf gegen die extreme Rechte und den Neonazismus eine wichtige Rolle spielt und spielen muss. Doch diese Forderung muss immer wieder mit Leben und Inhalt gefüllt werden.

Die große Mehrheit der extremen Rechten verharmlost oder rechtfertigt die Verbrechen des Nationalsozialismus. Aus der politischen Programmatik und der politischen Praxis der heutigen Neonazis geht eindeutig hervor, dass auch sie eine Gesellschaft wollen, die von struktureller Ungleichheit, rassistischer Ausgrenzung und Gewalt bestimmt ist und zu einer verschärften Militarisierung der Politik führen wird. Gleichheit, Demokratie und Selbstbestimmung sind in diesem Gesellschaftsentwurf kategorisch ausgeschlossen.

Wären die Neonazis nur eine isolierte Gruppe, dann wäre das Problem nicht so besorgniserregend. Tatsächlich jedoch agieren und bewegen sich die Neonazis in einer Gesellschaft, in der sie mit ihrer Propaganda von politischen Entwicklungen profitieren können. So basiert - um nur ein Beispiel zu nennen - auch die staatliche Ausländer- und Asylpolitik auf der Einteilung von Menschen in Gruppen mit unterschiedlichen Rechten. An solche von der Mehrheit der Bundestagsparteien vielfach ganz offiziell gerechtfertigten Ausgrenzungs- und Diskriminierungspraktiken können die Faschisten anknüpfen.

In Debatten um eine sogenannte „Leitkultur“ manifestiert sich ein hegemonialer Anspruch, der eine Ungleichheit und „Andersartigkeit“ der Menschen zum unumkehrbaren Grundsatz hat.

Solche gesellschaftlichen Bedingungen ermöglichen und erleichtern die Verbreitung von neonazistischem und extrem rechtem Gedankengut.

Ständiger Widerspruch gegen die alltägliche Ausgrenzung von Flüchtlingen, Menschen mit Behinderung, Homosexuellen, Obdachlosen, MuslimInnen und JüdInnen sowie die Forderung nach gleichen demokratischen und sozialen Rechten für alle Menschen, die in diesem Land leben, gehören daher ebenso zu antifaschistischer Politik wie der Kampf gegen die Neonazis selbst.

Im Folgenden konzentrieren wir uns auf den letztgenannten Aspekt und geben eine Reihe von Anregungen.

### **Fortsetzung**

>>Am 17.11.2006 stören 20 Neonazis eine Info-Veranstaltung der DGB-Jugend in Wandsbek und versuchen sich gewaltsam Zutritt zu verschaffen. Die Polizei sieht keine rechtliche Grundlage den Zutritt zu verweigern und verweist stattdessen auf lächerliche, bürokratische Bestimmungen, obwohl Neonazis frühzeitig per Ankündigung und Hausrecht ausgeschlossen waren>>

>>Am 24.02.07 findet ein Liederabend in Hamburg-Bergedorf statt. Die Veranstaltung dient als Startschuss für die Kampagne gegen einen Moschee-Bau in Bergedorf.>>

## Reaktion: Wer schweigt, stimmt zu

Ein erster Aspekt, der für die Arbeit antifaschistischer Gruppen und Bündnisse bedeutsam ist, ist die konsequente Antwort auf neonazistische Aktivitäten. Oft wird das Argument geäußert, dass etwa neonazistische Demonstrationen am besten zu diskreditieren seien, indem man sie „einfach ignoriert“.

Die Nazis, so die damit verbundene Hoffnung, würden dann durch „menschlenleere Straßen“ laufen, hätten keine Möglichkeit, ihre Anliegen vorzutragen und damit gehört zu werden, und würden dann frustriert nach Hause fahren. Antifaschistische Gegenaktivitäten würden erst dazu führen, dass die Nazidemos Aufmerksamkeit erhielten.

Diese Argumentation greift vor allem die in den Reihen der Polizei verbreitete Vorstellung auf, „die Rechten alleine“ würden ja keine Probleme machen, Gewalt und Auseinandersetzungen entstünden nur, wenn man die Neonazis nicht in Ruhe demonstrieren ließe.

Auch die Strategie, Gegendemonstrationen in möglichst großer räumlicher und zeitlicher Entfernung zu Nazidemos anzumelden und durchzuführen, passt hierher.

Hier wird ein grundlegendes Faktum ignoriert: Das Problem sind die Rechten, nicht diejenigen, die auf sie aufmerksam machen, denn während die Neonazis demokratische Rechte beseitigen wollen, geht es der Linken um die Ausweitung sozialer und politischer Rechte. Der Versuch, rechte Demonstrationen zu be- oder verhindern, muss legitim und ein vorrangiges Ziel antifaschistischer Bündnisarbeit sein: Denn neonazistische Demonstrationen haben nur zum Teil das Ziel, die umstehende Öffentlichkeit zu informieren und zu überzeugen.

Während dieser Aspekt tatsächlich nicht gegeben wäre, wenn niemand den Demonstrationen zuhören würde, so funktionieren doch immer noch andere Zwecke von Neonaziaufmärschen: Die TeilnehmerInnen fühlen sich in ihrer politischen Haltung bestärkt, sie entwickeln ein Gemeinschaftsgefühl, das sich zu großen Teilen aus der Haltung speist, irgendwie unterdrückt und von Repression und Verboten betroffen zu sein.

Ein konsequentes Ignorieren von Nazidemos ändert an dieser Haltung nichts, zumal es immer einige geben wird, die auch interessiert von außen zuhören.



Ein zweites stetes Ziel von Nazidemmos ist es, die Akzeptanz für ihr öffentliches Auftreten zu erhöhen, eine Normalisierung herbeizuführen, in der es irgendwann einmal nicht mehr möglich ist, ihr Auftreten zu skandalisieren.

Je öfter Nazis demonstrieren, umso legitimer soll dies erscheinen, daher ist auch der juristische Kampf um jede noch so kleine und unwichtige Demonstration ein Schritt in Richtung dieses übergeordneten Zieles.

Und diesem ist mit Ignorieren der Nazidemmos ohnehin nicht zu begegnen, im Gegenteil: Damit leistet man der angestrebten Normalisierung auch noch Vorschub. Deshalb muss es ein Ziel antifaschistischer Politik sein, auf jede öffentliche Aktion der Nazis angemessen zu reagieren.

Darüber hinaus ist wichtig, sich gegen die Kriminalisierung antifaschistischen Protestes zu wehren und sich durch diese nicht einschüchtern zu lassen. Weder darf die oft angeführte Gleichsetzung von „links“ und „rechts“ unwiderlegt hingenommen werden noch dürfen unter dem Deckmantel des staatlichen Gewaltmonopols begangene polizeiliche Angriffe auf antifaschistische Demonstrationen politisch und juristisch unwidersprochen bleiben.

Die immer gleiche Formulierung, man wehre sich gegen Extremisten von links und von rechts, knüpft an verharmlosende Totalitarismusansätze an. Wie oben geschildert, propagieren Neonazis eine menschenverachtende Weltanschauung. Dieser zu widersprechen, also für die Gleichbehandlung aller Menschen, für Toleranz und ein gesellschaftliches Miteinander, das nicht nach Herkunft und Stärke der Einzelnen ausgerichtet ist, einzutreten, sollte die Grundlage gesellschaftlichen Zusammenlebens bilden.

Mehrfach haben gerichtliche Urteile im Anschluss an Demonstrationen bestätigt, dass Verfügungen und Einsätze der Polizei jenseits der Rechtsstaatlichkeit stattfanden.

So zum Beispiel der Angriff der Polizei auf eine Demonstration in Barmbek im Jahr 2004: Bei der Demonstration gegen einen Neonaziaufmarsch anlässlich der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht – Dimensionen des Vernichtungskrieges“ ging die Polizei mit mehreren Wasserwerfern gegen die Demo vor. Der Lautsprecherwagen, aus dem die Auschwitzüberlebende Esther Bejarano mit Durchsagen versuchte, die Lage zu beruhigen, wurde gleichfalls zum Ziel der Wasserwerfer. Schließlich brachte die Polizei Bejaranos Stimme zum Schweigen, indem sie die Stromzufuhr zum Wagen unterbrach.

Dieses Vorgehen der Polizei wurde im Nachhinein von Gerichten als rechtswidrig eingestuft. Juristische Verfahren sind oft langwierig, und in der Öffentlichkeit werden Urteile gegen die staatlichen Organe oft nicht zur Kenntnis genommen. Was hängen bleibt, sind meistens nur die Bilder von Auseinandersetzungen. Dass diese oftmals durch unrechtmäßiges Verhalten der Polizei ausgelöst wurden, findet hingegen selten einen Platz in der medialen Vermittlung der Ereignisse.

## Konfrontation: Nazis keine Plattform bieten

Öffentliches Auftreten von Nazis findet nicht nur im Rahmen von Demonstrationen statt, sondern mehr und mehr auch auf linken oder allgemein politisch ausgerichteten Veranstaltungen. Diese Auftritte dienen vor allem einem Ziel: Die Nazis wollen mitdiskutieren! Dieses Vorgehen nennt sich „Wortergreifungsstrategie“ und hat ähnliche Hintergründe wie die Demonstrationen: Es geht zunächst darum, eine Akzeptanz für rechte Positionen zu schaffen, indem teils prominente Neonazis auf Veranstaltungen im Publikum sitzen und sich dann zu Wort melden und ihre Positionen zum Thema verbreiten.

Dies hat für die Neonazis zwei Vorteile: Wenn sich die VeranstalterInnen und Anwesenden der Diskussion stellen, bekommen die Neonazis eine hervorragende Plattform für ihre Ideologie. Da viele nicht dumm und für solche Anlässe besonders rhetorisch geschult sind, können sie unter Umständen auch überzeugend klingen, was die VeranstalterInnen besonders schlecht aussehen lässt.

Wollen sie stattdessen die Nazis, sobald sie sich zu erkennen gegeben haben, von der Veranstaltung entfernen, können diese sich als Opfer von Repression und Verboten hinstellen, was VeranstalterInnen auch gerne vermeiden wollen.

Wie also dieser Zwickmühle begegnen? Zunächst einmal ist es natürlich am besten, Nazis von vornherein von Veranstaltungen auszuschließen. Dafür gibt es eine Reihe von Vorkehrungen, die VeranstalterInnen treffen können, wie den Ausschluss bestimmter Personengruppen – NPDMitglieder und -AnhängerInnen etwa – bereits auf den Einladungen. Hinweisedazu gibt es zum Beispiel in einer Broschüre des MBR Brandenburg. ([www.mbr-berlin.de/rcms-repos/attach/Umgang-2006.pdf](http://www.mbr-berlin.de/rcms-repos/attach/Umgang-2006.pdf))

## Fortsetzung >>Im

Frühjahr

2007 wird ein Familienvater aus Ghana auf dem Heimweg von drei Neonazis durch HH-Wandsbek gehetzt und geschlagen. Nur durch die Hilfe eines Nachbarn kann er schlimmeren Verletzungen entgehen. Die drei Angeklagten werden vor Gericht vom Neonazi-Anwalt Wolfram Nahrath verteidigt. Die Tat wurde erst im September öffentlich.>>

>>Am 27.05.07 stören Neonazis eine Infoveranstaltung in Hamburg-Bergedorf.>>

Um diese Ausschlüsse durchzusetzen, müssen einerseits Menschen vor Ort sein, die die Nazis auch erkennen, andererseits Leute, die energisch genug auftreten, um auftauchende Nazis dann auch vom Betreten des Veranstaltungsraumes abzuhalten. Hierbei bedarf es genauer Absprachen im Vorfeld, etwa über den Zeitpunkt, zu dem eine Auseinandersetzung nicht mehr mit eigenen Kräften sicher kontrolliert werden kann und etwa die Polizei hinzugerufen werden muss.

Meistens läuft es aber so ab, dass auch die Nazis offene Auseinandersetzungen im Vorfeld von Veranstaltungen vermeiden und dann erst in der Diskussion klar wird, wer da die ganze Zeit zugehört hat. In diesem Fall sollten VeranstalterInnen und Anwesende deutlich machen, dass sie nicht mit diesen Personen in einem Raum sitzen, geschweige denn diskutieren möchten, und diese höflich, aber bestimmt auffordern, zu gehen.

Die Gefahr, dass Nazis einen solchen Rausschmiss für sich positiv als „Maulkorb“ und „Meinungsverbot“ zu nutzen versuchen, ist zwar hoch, man sollte aber bedenken, dass sie die Opferrolle immer gern einnehmen und dies noch das kleinere Übel ist: Denn Nazis wollen nicht nur diskutieren, sie wollen auch hören, was andere sagen, und damit ist die Gefahr größer, dass sie Anwesende ausspionieren. Der Schutz der Anwesenden muss hier im Vordergrund stehen.

Nicht immer geben sich auf Veranstaltungen anwesende Nazis auch als solche zu erkennen. Wenn sie sich nicht an der Diskussion beteiligen und nicht gerade regionale Prominenz sind, kann es sehr gut sein, dass sie nur zu Informationszwecken teilnehmen. Deshalb sollten auch hier einige grundlegende Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden: In den Räumen darf nicht fotografiert werden, anwesende Presseleute müssen sich ausweisen und dürfen Bilder nur nach Absprache machen.

Falls Namen und Mailadressen der Anwesenden gesammelt werden, um etwa im Anschluss ein Bündnis zu gründen, so darf eine solche Liste nicht im Saal herumgehen, sondern muss in der Hand der Veranstalter bleiben, damit niemand die dort gesammelten Adressen abschreiben kann. Insgesamt sollte in derart ungeschützten öffentlichen Räumen mit Namen und Adressen der Anwesenden ebenso wie mit konkreten Daten und Orten für Treffen und weitere Aktionen vorsichtig umgegangen werden, eben mit allem, was für die unmittelbare Information der Anwesenden unerheblich, für Nazis aber sehr interessant sein und somit Menschen gefährden könnte.

Sich auf Diskussionen mit Nazis einzulassen, egal in welcher Form – in Internetforen, bei Diskussionen, auf Veranstaltungen oder anderswo –, führt nie zu einer konstruktiven Auseinandersetzung. Die Nazis sind nicht da, um sich überzeugen zu lassen. Im Gegenteil! Sie sind froh, wenn ihnen die Möglichkeit geboten wird, sich öffentlich zu äußern. Deshalb kann das Ziel nur sein, Nazis so weit als möglich von unseren Veranstaltungen fernzuhalten.

### Aktion: Bündnispolitik

Antifaschismus ist ein Thema, das nur sehr selten hip ist. Viele gesellschaftliche Gruppen, Gewerkschaften, Kirchen und Parteien haben andere Punkte auf der Tagesordnung und interessieren sich wenig für regelmäßige Aktivitäten gegen rechts. Zudem ist bei vielen eine Strategie der Abgrenzung gegen nicht parteigebundene linke und autonome Gruppen, die oftmals die Antifaarbeit vor Ort bestreiten, zu beobachten.

Außerdem bedeutet der Kampf gegen rechts auch immer, sich mit rassistischen Tendenzen in den eigenen Reihen auseinandersetzen zu müssen, und diese Bereitschaft ist nicht immer gegeben.

Vielorts haben sich gewerkschaftliche Gruppen, lokale Initiativen, Kirchen und Parteien aus der Mobilisierung gegen Naziaktivitäten zurückgezogen. Es gilt, sie wieder in die Arbeit einzubinden und zu vernetzen. Dies führt in Synergie dazu, dass Gruppen und Personen aus anderen gesellschaftlichen Spektren die antifaschistische Arbeit in ihren Kreisen fortsetzen können.

Rassismus und rechtes Gedankengut sind keine Phänomene des rechten Randes, sondern bilden sich auch in der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ heraus, und hier müssen alle fortschrittlichen politischen Strömungen gemeinsam aktiv werden. Es gilt, überall und in allen Lebensbereichen, sei es in der Schule oder an der Uni, am Arbeitsplatz, im Freundeskreis oder zu Hause, gegen rassistische und diskriminierende Ausgrenzung und Äußerungen das Wort zu erheben.

Eben dort reichen die allgemeinen bürgerlichen Toleranzbekundungen nicht aus, sondern müssen konkrete Forderungen formuliert werden. Antifaschistische Politik muss in Bündnissen verbreitet und weiterentwickelt werden!



Dabei darf sich antifaschistische Politik nicht instrumentalisieren lassen. Diese Gefahr besteht zum Beispiel in der Zusammenarbeit mit Regierungsparteien, wenn diese die Arbeit nur zu Wahlkampfzwecken missbrauchen und sich sonst nicht für den Kampf gegen Nazis interessieren.

## Kein Raum für Nazis: Verbote

Keine Gesellschaft darf neonazistischem Gedankengut Raum geben. Ein Weg, um rechte Propaganda einzuschränken und ihre Verbreitung zu verhindern, kann ein Verbot rechter Veranstaltungen sein. Die unterschiedliche Auslegung der Gesetze in verschiedenen Landesteilen wird allerdings immer wieder deutlich. Während in Hamburg und Umgebung mehrfach RechtsRock-Konzerte und andere als privat getarnte Veranstaltungen stattfinden konnten, werden Konzerte in anderen Städten von vornherein verboten. Die juristischen Möglichkeiten werden also in Hamburg keineswegs ausgeschöpft.

Ebenso verhält es sich mit Demonstrationen und Infoständen. So konnte die NPD beispielsweise in Braunschweig noch nie einen Infostand betreiben, weil dies von der Stadt konsequent verboten wird.

Trotzdem darf nicht grundsätzlich im Kampf gegen rechts nach einem starken Staat verlangt werden. Verbote führen oft zu einer allgemeinen Verschärfung von Strafrechtsparagrafen und zu einem unnötigen Ausbau staatlicher Sicherheitsapparate.

Ebenso sollte man sich auch nicht auf den Staat verlassen, wenn es um ein mögliches Verbot der NPD geht. Es darf nicht der Eindruck entstehen, mit einem Verbot der Partei habe sich das Problem komplett erledigt. Hierfür bedarf es einer breiten, gesellschaftlich verankerten antifaschistischen Bewegung. Dauerhaft muss diese Bewegung ebenfalls auf die Ursachen von Rassismus und Diskriminierung hinweisen, um zu verhindern, dass sich PolitikerInnen in Scheindebatten flüchten.

Ähnliches ist aktuell zu beobachten, wenn auf Vorfälle, wie beispielsweise die Hetzjagd in Mügeln, die bundesweit ausführlich in den Nachrichten behandelt wurde, mit bloßen Diskussionen um ein neues NPD-Verbotsverfahren reagiert wird und sich die zuständige Politik ansonsten darauf beschränkt, das „Ansehen“ von Bundesland, Stadt oder Kommune zu „bewahren“.

In Bezug auf die NPD bedarf es eigentlich gar keiner verschärften Gesetzgebung, denn es gibt bereits juristische Möglichkeiten. Das erste angestrebte Verbotsverfahren gegen die NPD scheiterte bekanntermaßen nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern an der Weigerung des Verfassungsschutzes, seine V-Leute aus den Parteistrukturen abzuziehen.

Artikel 139 des Grundgesetzes besagt zudem, dass die Kontrollratsgesetze der Alliierten, die das Verbot und die Auflösung aller NS-Organisationen sowie aller Nachfolgeorganisationen festgeschrieben haben, nach wie vor gelten. Die Vorschriften der Alliierten, die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassen wurden, fanden somit nach der Gründung der BRD in Artikel 139 GG Einzug in die Verfassung. Demzufolge sind neonazistische Organisationen bereits nicht legal tätig und ihre Auflösung ist zu vollziehen.

Für die Befürchtung, eine organisierte Neonaziszene würde nach einem Verbot von Parteien und Verbänden komplett in den Untergrund gehen, gibt es derzeit keine Anzeichen, obwohl Organisationen wie die deutsche Sektion des internationalen extrem rechten Netzwerkes „Blood & Honour“ trotz eines Verbotes weiterarbeiten.

Ein Verbot der NPD würde die Arbeit von Neonazis in Deutschland zwar keinesfalls beenden oder unmöglich machen, aber strukturell und finanziell erheblich erschweren; es wäre deshalb ein Schritt in die richtige Richtung, bei dem es jedoch nicht bleiben dürfte.

Allerdings: Neonazis und extreme Rechte bleiben weiterhin ein politisches, kein juristisches Problem. Es ist wichtig, den Kampf gegen Nazis und Rassismus gemeinsam und überall fortzusetzen. Fast überall gibt es bereits politische Einrichtungen und Zusammenschlüsse, bei denen man sich erkundigen kann. Neue Zusammenschlüsse und Bündnisse können ebenfalls überall entstehen.

Allerorts muss rassistischen Äußerungen und neonazistischem Auftreten etwas entgegengesetzt werden!

**Kein Fußbreit den Faschisten – nirgendwo!**



## Fortsetzung

>>Am 01.06.2007 schießt ein betrunkenen Hausmeister einem 26-jährigen mit den Worten „Scheiß Ausländer“ in die Beine. In seiner Wohnung findet die Polizei Hakenkreuzfahnen und ein Bild von Adolf Hitler.>>

>>Am 16.06.2007 wird die Scheibe des Harburger GAL-Büros mit einem Stein eingeworfen und die Fassade mit antisemitischen Parolen beschmiert.>>

>>29. Juli 2007 Ca. 60 Neonazis der NPD, DVU und Mitglieder aus Freien Kameradschaften halten auf dem Ohlsdorfer Friedhof eine „Gedenkfeier“ ab. Festredner ist der Hamburger NPD-Vize Karl-Heinz-Göbel. **folgt**

## Ausgewählte Literatur

- Agentur für soziale Perspektive e.V. (Hg.): Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neofaschistischen und extrem rechten Gruppen; reihe antifaschistischer texte/UNRAST-Verlag; Hamburg/Münster 2006
- Antifaschistisches Frauennetzwerk/Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus: Braune Schwestern? Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten; reihe antifaschistischer texte/UNRAST-Verlag; Hamburg/Münster 2005
- Bathke, Peter/Spindler, Susanne: Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa; Karl Dietz Verlag; Berlin 2006
- Braun, Stephan/Hörsch, Daniel (Hg.): Rechte Netzwerke – eine Gefahr; Verlag für Sozialwissenschaften; Wiesbaden 2004
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar/Geißler: Vom Rande der Gesellschaft. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland; Friedrich-Ebert-Stiftung; Berlin 2006
- Dornbusch, Christian/Virchow, Fabian (Hg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD; Wochenschau-Verlag; Schwalbach 2007
- Dornbusch, Christian/Raabe, Jan: RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien; reihe antifaschistischer texte/UNRAST-Verlag; Hamburg/Münster 2002
- Gebhardt, Michael (Hg.): Rosen auf den Weg gestreut. Deutschland und seine Neonazis; PapyRossa Verlag; Köln 2007
- Klärner, Andreas/Kohlstruck Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland; Hamburger Edition; Hamburg 2006
- Linke, Annette: Der Multimillionär Frey und die DVU. Daten Fakten Hintergründe; Klartext Verlag; Essen 1994
- Maegerle, Anton: Globalisierung aus Sicht der extreme Rechten; Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen Ost gGmbH; Braunschweig 2004
- Obszerninks, Britta/Schmidt Matthias: Die Parlamentsarbeit der DVU in den Hamburger Bezirken. Landeszentrale für politische Bildung; Hamburg 2001
- Pfeiffer, Thomas: Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten – Presse, Musik, Internet; Aufbau Taschenbuch Verlag; Berlin 2002
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hg.): Braune Kameradschaften. Die militanten Netzwerke im Schatten der NPD; Ch.Links Verlag; Berlin 2005
- Speit, Andreas (Hg.): Ästhetische Mobilmachung. Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien; reihe antifaschistischer texte/ UNRAST-Verlag; Hamburg/Münster 2002
- Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD; Kippenheuer & Witsch, Köln 2005
- Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung; Berlin 2005

### Antifaschistische Politik rund um Hamburg:

Antifa-Info-Pool Hamburg  
<http://www.antifainfo.de/>

Avanti – Projekt undogmatische Linke, Hamburg  
c/o Werkstatt 3  
Nernstweg 32-34  
22765 Hamburg  
[hamburg@avanti-projekt.de](mailto:hamburg@avanti-projekt.de)  
[www.avanti-projekt.de](http://www.avanti-projekt.de)

Enough is enough  
Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg  
<http://www.nadir.org/nadir/periodika/enough>

VVN-BdA, Hamburg  
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.  
Hein-Hoyer-Str. 41  
20359 Hamburg  
Tel. 040 / 31 42 54  
<http://www.hamburg.vvn-bda.de>  
<http://www.kueste.vvn-bda.de>

### Projekte/ Informationen:

Antifaschistisches Infoblatt  
<http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib/>

Antifaschistische Nachrichten  
c/o GNN-Verlag  
Züpicher Str. 7  
50674 Köln.  
Telefon: 0221-211658  
<http://www.antifaschistische-nachrichten.de>

apabiz  
antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.  
Lausitzer Straße 10  
10999 Berlin  
Tel: 030 / 611 62 49  
[mail@apabiz.de](mailto:mail@apabiz.de)  
<http://www.apabiz.de>

Bündnis Aktiver Fussballfans – BAFF  
BAFF e.V.  
Postfach 1123  
63401 Hanau  
[info@aktive-fans.de](mailto:info@aktive-fans.de)  
<http://www.aktive-fans.de>

NPD-Blog  
Brigittenstraße 3  
20359 Hamburg  
[info@npd-blog.info](mailto:info@npd-blog.info)  
<http://www.npd-blog.info>

Der Rechte Rand  
Postfach 13 24  
30013 Hannover  
Fax: 0511 - 33 60 221  
[www.der-rechte-rand.de](http://www.der-rechte-rand.de)

Recht gegen Rechts  
<http://www.rechtgegenrechts.org>

Stolpersteine/Gunter Demnig  
Richard-Wagner-Straße 16  
50674 Köln  
Tel: 02 21 / 25 14 89  
[info@stolpersteine.com](mailto:info@stolpersteine.com)  
<http://www.stolpersteine.com>

### Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt:

Opferperspektive e.V.  
Rudolf-Breitscheid-Straße 164  
14482 Potsdam  
Tel: 03 31 / 817 00 00  
[info@opferperspektive.de](mailto:info@opferperspektive.de)  
<http://www.opferperspektive.de>

### Impressum:

Diese Broschüre ist ein Kooperationsprojekt der DGB-Jugend Hamburg mit „avanti – Projekt undogmatische Linke“. Sie entstand im September/Oktober 2007.

V.i.S.d.P.: DGB-Jugend Hamburg · Olaf Schwede  
Besenbinderhof 60 · 20997 Hamburg  
[jugend.nord@dgb.de](mailto:jugend.nord@dgb.de)

avanti – Projekt undogmatische Linke, Hamburg  
Nernstweg 32-34 · 22765 Hamburg  
[hamburg@avanti-projekt.de](mailto:hamburg@avanti-projekt.de)  
[www.avanti-projekt.de](http://www.avanti-projekt.de)

Photos: attenzione photographers · no place to hide  
Gestaltung/Druck: pbd



# Hamburger Aufruf

**In großer Sorge** beobachten wir, dass in den letzten Jahren Neonazis in Hamburg immer offener auftreten: Mit Aufmärschen, Info-Ständen vor Sozial- und Arbeitsämtern, Flugblattaktionen in den Stadtteilen oder der Verteilung von „Schulhof-CDs“ versuchen die Nazis, ihrer menschenverachtenden Ideologie den Anschein von Normalität zu geben. Mit Rechtsrockkonzerten, Musikversand und szenetypischen Bekleidengeschäften wird eine Subkultur entwickelt, die besonders auf Jugendliche zielt. Mit ihrer sozialen Demagogie knüpfen sie an die wachsende Verunsicherung einer Vielzahl von Menschen angesichts von Massenarbeitslosigkeit, sich weiter verbreitender Armut und fehlender Perspektive an.

In verschiedenen Stadtteilen Hamburgs kommt es zu gewalttätigen Übergriffen, um Andersdenkende, Minderheiten, Flüchtlinge, MigrantInnen einzuschüchtern. Regelmäßig werden Veranstaltungen von Parteien, Gewerkschaften und Initiativen gestört.

Antifaschistischer Protest wird häufig staatlich behindert; Nazis werden beschützt und ihre Gegner als „Störer“ behandelt. Gegendemonstrationen werden verboten, das Recht auf Versammlungsfreiheit einschränkt.

Im Jahr 2005 haben sich DVU und NPD darauf geeinigt, bei Wahlen nicht mehr gegenseitig zu konkurrieren. Seitdem konnten sie schon in eine Reihe von Landes- und Kommunalparlamenten einziehen. Die mit der parlamentarischen Präsenz verbundenen finanziellen und personellen Mittel haben ihren Spielraum erheblich erweitert.

Es besteht die Gefahr, dass eine faschistische Partei bei der Wahl im Februar 2008 in die Hamburgische Bürgerschaft einzieht. Dies zu verhindern ist eine dringende Aufgabe.



**Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!**

Wir haben nicht vergessen, was in diesem Land passierte, als die Nazis an der Macht waren: Ausschaltung jeglicher Opposition, systematischer Terror gegen alle Nazi-Gegner, Übernahme und Gleichschaltung der Gewerkschaften, Verfolgung und Ermordung all derjenigen, die nicht in das rassistische Menschenbild der Nazis passten. Millionen Tote durch den Holocaust an den europäischen Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti. Weltweiter Krieg, an dessen Ende mehr als 55 Mio. Tote zu beklagen waren.

**Wir fordern die Hamburger Wählerinnen und Wähler auf:**

**Keine Stimme für DVU, NPD und alle anderen Parteien der extremen Rechten.**

**Sorgen wir dafür, dass für Nazis kein Platz ist – weder in den Parlamenten noch im Stadtteil oder Betrieb.**

**Ich bin dabei:**

**Erstunterzeichner des Hamburger Aufrufs** Esther Bejarano, Klaus Bullan, Fanny Dethloff, Sieglinde Friess, Manfred Getzmann, Ira Gloe-Semler, Anne Harms, Hannelore Hoger, Bernt Kamin-Seggewies, Wolfgang Kirstein, Prof. Dr. Timm Kunstreich, Prof. Dr. Michael Lindenberg, Corny Littmann, Peter Lohmeyer, Antje Möller, Fanny Müller, Prof. Dr. Norman Paech, Gül Pinar, Lisa Politt, Wolfgang Rose, Dr. Gerhard Strate